

Breslauer



Zeitung

N^o. 24.

Sonnabend den 24. Januar

1852.

Inhalt. Breslau. (Zur Situation.) — Preußen. Berlin. (Amtliches.) — (Ein Nachtrag zum Claessenschen Antrage. Die Schließung der Simionschen Buchhandlung. Aussichten für die berliner Zollkonferenzen.) — (Die Statuten des schwarzen Adlerordens. Projekte einer berliner Messe. Papiergeld. Graf Hompesch.) — (Zur Tages-Chronik.) — (Hof- und Personal-Nachrichten.) — (Parlamentarisches.) — Deutschland. München. (Budgetberathung in der Kammer.) — Karlsruhe. (Krankheit des Großherzogs.) — Gotha. (Diektion des Staatsgrundgesetzes.) — Dresden. (Beantwortung einer Anfrage.) — Hannover. (Beantwortung einiger wichtiger Interpellationen. Flotten-Antrag.) — Hamburg. (Schleswig-Holsteinisches.) — Dänemark. Kopenhagen. (Ministerkrise.) — Oesterreich. Wien. (Tagesbericht.) — Italien. Turin. (Interpellation.) — Neapel. (Generallieut. Saluzzo †.) — Frankreich. Paris. (Tagesbericht.) — (Das Morny'sche Wahl-Circular.) — Belgien. Brüssel. (Französische Flüchtlinge. Vermischtes.) — Großbritannien. London. (Ministerrath. Vermischtes.) — Amerika. Washington. (Kosuth.) — Provinzial-Zeitung. Breslau. (Die Altkatholiken.) — (Die Verlegung der konstitutionellen Ressource.) — (Das Stiftungsfest des kaufmännischen Vereins.) — Schweidnitz. (Schwurgericht. Theater.) — Pölkwitz. (Goldenes Jubiläum.) — Sprechsaal. Breslau. (Die Lebensmittelfrage.) — Wissenschaft, Kunst und Literatur. Breslau. (Theater.) — (Vorträge im Café restaurant.) — Handel, Gewerbe und Ackerbau. (Uebersicht des Produktions der Bergwerks-, Hütten- und Salinenbetriebs in Preußen im Jahre 1850.) — Berlin. (Patent.) — (Gewerberath. Sprechmaschine. Diskonto-Bank.) — Breslau. (Zur schlesischen Industrieausstellung.) — (Zollangelegenheit.) — Breslau. (Produktenmarkt.) — (Berliner, seltener und liverpooler Markt.) — Mannigfaltiges.

Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

Paris, 23. Januar. Der *Moniteur* bringt folgende Ministerveränderungen. Inneres: Persigny, Polizei: Maupas, Justiz: Abatucci, Finanzen: Bineau, Staatsminister: Casabianca. — Ein Dekret verordnet den Verkauf der Güter der Familie Orleans binnen Jahresfrist für Rechnung der Besitzer. Schenkungen, welche Louis Philipp an Familienglieder gemacht, werden annullirt und den Domänen zugewiesen. Das Wittthum der Herzogin von Orleans wird aufrecht erhalten. Der Ueberrest wird wohlthätigen Institutionen und Ehrenlegions-Dotationen zugewendet.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 21. Januar. Der Kriegsminister hat das Quiescierungsgesuch Cavaignac's genehmigt. Die Getränkesteuer hat in 1851 über dreihundert Millionen Franks eingebracht. Von Neapel wird die Aufhebung der Repräsentativ-Verfassung als bevorstehend gemeldet. (Preuß. Z.)

Breslau, 23. Januar.

Die Veränderungen, welche nach dem den Kammern vorgelegten Regierungsentwurf vom 24. Nov. 1851 in der für die Städte gegenwärtig geltenden Gemeindeordnung eintreten sollen, erscheinen uns von so tief greifender Bedeutung, daß wir uns für berechtigt halten, das Interesse unserer Mitbürger noch einmal für eine Prüfung derselben in Anspruch nehmen.

Es sind vornämlich zwei Vorschläge der Regierung, welche wir hierbei im Auge haben. Sie beantragt zunächst zu den § 33, 43, 53, 2 der Gemeindeordnung vom 11. März 1850 folgenden Zusatz:

„Die Beschlüsse des Gemeinderaths in solchen Angelegenheiten, welche durch das Gesetz dem Gemeindevorstande (Magistrat) zur Ausführung überwiesen sind, bedürfen, um verbindende Kraft zu erlangen, der Zustimmung des letzteren.

Glaubt der Gemeindevorstand die Zustimmung zu einem Beschlusse des Gemeinderaths verweigern zu müssen, so ist er verpflichtet, die Gründe dieser Verweigerung dem Gemeinderath mitzutheilen. Erfolgt dann in der nächsten Gemeinderathssitzung keine Verständigung beider Gemeindebehörden, so ist die Entscheidung der Regierung einzuholen.

Dieser Zusatz würde, im Falle er durch die Zustimmung der Kammern Gesetz werden sollte, nicht nur die ganze gegenseitige Stellung des Gemeindevorstandes (Magistrat) und des Gemeinderaths (Stadtverordneten), sondern auch die rechtliche Stellung beider, also der ganzen Kommune gegenüber der Staatsregierung, durchaus verändern.

So lange die alte Städte-Ordnung vom Jahre 1808 in Geltung war, d. i. seit länger als 40 Jahren, lag die Entscheidung über alle wichtigen Gegenstände der kommunalen Verwaltung bekanntlich fast ganz in der Versammlung der Stadtverordneten. Der Magistrat war wesentlich nur ausführende Behörde, und mochte auch hier und da durch die Praxis der Magistrat selbstständiger sich gestellt haben, immer bot noch das Gesetz einen Anhalt dar, um die von seiner Richtschnur abgewichene Praxis auf den gesetzlichen Weg zurückweisen zu können. Allerdings hat die neue Gemeindeordnung vom 11. März auch an diesem Verhältnis von Magistrat und Stadtverordneten in sofern gerührt, als sie (§ 33, 43, 53, 140) dem Magistrat ein weiteres Beauftragungsrecht der Beschlüsse des Gemeinderaths verlieh, als er früher gehabt; allein auch dies Beauftragungsrecht war noch immer kein allgemeines Zustimmungsgesetz, wie es der Regierungsentwurf jetzt für den Magistrat verlangt. Denn dies Zustimmungsgesetz nimmt die letzte Entscheidung in allen großen wie kleinen Fragen der kommunalen Verwaltung aus der Hand der Stadtverordneten, in der sie bisher war, und legt sie in die Hand des Magistrats, in der sie nicht war.

Schon bei der Berathung der neuen Gemeindeordnung war eine derartige Veränderung des Rechtsverhältnisses zwischen Magistrat und Stadtverordneten zur Sprache gekommen. Aber der jetzige Minister-Präsident von Manteuffel erklärte sich damals selbst gegen diese Veränderung. Er sagte in der Sitzung der ersten Kammer vom 6. Dezember 1849 (Stenogr. Ber. S. 1811):

„Die Frage, ob die Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung der Begutachtung der Magistrate unterliegen, ist eine zweifelhafte, und auch da, wo man die Affirmative hat durchführen wollen, ist man selten zu einem erheblichen Resultat geblieben. Die Regierung hat geglaubt, gerade diesen Mißständen zu begegnen.“

Gegenüber diesen Worten und im Hinblick auf die Bestimmungen der Gemeindeordnung vom 11. März 1850 fragt man sich also, welche Gründe jetzt die Regierung für ihre gänzlich veränderte Ansicht hat?

Wir können keinen anderen Grund finden, als den, der in dem zweiten Absatz des oben abgedruckten Regierungsvorschlages liegt. Ist nämlich jeder Beschluß des Gemeinderaths an die Zustimmung des Magistrats gebunden, und soll dieser hierdurch nicht völlig den Gemeinderath zur Null machen, so bedarf es einer dritten Instanz, welche die Differenzen zwischen jenen beiden entscheidet, und diese dritte Instanz soll nach dem Entwurf die Regierung sein.

Jedermann muß einräumen, daß diese Bestimmung, wenn sie Gesetz werden sollte, auch die ganze Rechts-Stellung der Städte gegen die Regierung verändert. Denn sie giebt in allen Fällen, in welchen Magistrat und Stadtverordneten sich nicht vereinigen können — und wie viel häufiger werden diese nicht als früher sein, da nun der Magistrat auf sein Zustimmungsgesetz hinweisen kann — der Regierung die Entscheidung über die wichtigsten Fragen der kommunalen Verwaltung in die Hand.

Und auf dasselbe Ziel geht auch der zweite Vorschlag des Regierungsentwurfs, welcher

„die Festsetzungen des Gemeinderaths in Betreff der Besoldungen der Bürgermeister und der übrigen Gemeindebeamten der Genehmigung der Regierung“ unterwirft, welche „eben so befugt als verpflichtet ist, zu verlangen, daß die zu einer zweckmäßigen Verwaltung angemessenen Beiträge bewilligt werden.“

Gewiß, eine „zweckmäßige Verwaltung“ ist nothwendig, aber gerade darin liegt die kommunale Freiheit, daß die Gemeinde durch ihre Repräsentanten selbst bestimmt, was und wie viel hierzu nothwendig sei, und woher es zu nehmen. Nimmt man den Städten dies Recht, öffnet man der Regierung durch beide Vorschläge das Thor, die Entscheidung aller kommunalen Fragen in die Hand zu bekommen, so ist es unferes Erachtens mit der kommunalen Selbstständigkeit und Freiheit unserer Städte völlig vorbei. Was ihnen dann noch übrig bleibt ist ohne Werth, ein leerer Schatten der Freiheit.

Wenn man den Einfluß erwägt, den die Regierung auf die Ernennung des Gemeindevorstehers durch das Gesetz vom 11. März 1851 erhalten hat, und wie die Erfahrung bereits gezeigt, auch unter dem Gesichtspunkt der „guten politischen oder religiösen Gesinnung“ zu üben beginnt; wenn man ferner ins Auge faßt, daß nach der Bestimmung, welche die Festsetzung der Besoldungen aller städtischen Beamten von der Genehmigung der Regierung abhängig macht, diese in den Stand gesetzt sein wird, einerseits jede Zulage oder Gratifikation an ihr „mißliebige“ Gemeindebeamte zu hindern, andererseits die in ihren Augen „gutgesinnten“ in derselben Beziehung zu fördern, — so kann man wahrlich nicht zweifelhaft sein, daß eine Annahme jener Entwürfe die städtische Selbstständigkeit ins Grab legen wird.

Und nicht nur im Interesse der Städte, sondern auch im Interesse der Regierung selbst, müssen wir uns auf das entschiedenste gegen diese Entwürfe erklären, weil ihre Annahme nothwendig zu einer Masse von Reibungen und Mißstimmungen nicht nur zwischen Magistrat und Stadtverordneten, sondern auch zwischen den Bürgern und der Regierung selbst führen muß.

Man bedenke sich wohl, ob dieser unausbleibliche Nachtheil den Vortheil aufwiegen kann, welcher der Regierung aus der neuen beabsichtigten Erweiterung ihres Einflusses auf die Städte erwachsen dürfte. Wir unsrerseits sehen in der Centralisation der Verwaltung, auf welche das Ministerium bei dieser wie bei vielen anderen seiner Vorlagen immer entschiedener zugeht, weder für die Regierung noch für das Land ein Heil, und können daher schließlich den Wunsch nicht unterdrücken, daß recht zahlreiche Petitionen unsrer Städte die Kammern auffordern möchten, den Entwürfen der Regierung in Betreff dieser Städtefrage ihre Zustimmung nicht zu erteilen.

Breslau, 23. Jan. [Zur Situation.] Die Revisionsfrage tritt immer mehr in den Vordergrund, obwohl die Regierung, wie es scheint, von einer Total-Revision nichts wissen will. Was die Pläne über die Bildung der ersten Kammer betrifft, so legt man — wie das C. B. meldet — den H. H. Ministern v. Kaumer und Westphalen die Ansicht unter, die erste Kammer durch Ernennung erblicher

Pairs (der größten Grundbesitzer), lebenslänglicher und den Provinzialständen entnommener Mitglieder, durch die Krone konstituieren zu lassen.

„Die Mehrheit des Kabinetts — versichert das C. B. hält für die Bildung der ersten Kammer vor Allem fest, daß dieselbe lediglich durch den Willen der Krone in ihren einzelnen Bestandtheilen ins Leben gerufen sein müsse und glauben wir, daß dieselbe prinzipiell mit dem aus dem Schooße der Bethmann-Hollweg'schen Partei hervorgegangenen Hefter'schen Antrag (S. Berlin, Parlamentarisches) einverstanden ist.

Gegen eine gemischte Bildung der ersten Kammer durch Herstellung einer Pairie und Einführung ständischer Elemente hat sich ganz besonders Hr. v. Manteuffel ausgesprochen. Man versichert uns, daß Hr. v. Manteuffel sich hierin im vollsten Einverständnis mit Sr. Maj. und dem Prinzen von Preußen befindet. — Der gestern in der Wölfischen Zeitung enthaltenen gewesenen und von der N. Pr. Ztg. so heftig bekämpfte Artikel über die Bildung der ersten Kammer (S. die gestr. Nr. d. Z.) ist unseres Wissens auf spezielle Veranlassung von höchster Stelle geschrieben worden, — die Angriffe der Neuen Preuß. Zeitung richten sich also diesmal nicht gegen das Kabinet allein, sondern, wie der Vertreterin der kleinen aber mächtigen Partei wohl bewußt sein wird, gegen höhere Intentionen.“

Uebrigens bringen auch heute die Sp. Ztg. und die V. Ztg. weiter inspirirt scheinende Artikel über den in Rede stehenden Gegenstand, welche die Aufstellung des C. B. zu bestätigen scheinen. Die V. Ztg. bemerkt dabei: es werde von anderer Seite in den Kammern für sehr zweifelhaft gehalten, ob es möglich sein werde, die Frage noch in dieser Session zum Austrag zu bringen und man halte es für zweckmäßig, daß die Kammer in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung wenigstens noch für eine Session zusammentrete. Ein dahin zielender Antrag werde ebenfalls aus der Mitte der ersten Kammer erwartet.

Ueber den Kleist-Henplig'schen Antrag auf Abänderung der Art. 40 und 41 der Verfassung (die Lehen und Fideikommiss betreffend) hat die Kommission ihr Gutachten erstattet und den Henplig'schen Antrag einstimmig angenommen. Jedenfalls wird auch ein entsprechender Beschluß der Kammer folgen, jedoch sei es — versichert das C. B. — die Absicht der Lehen in beiden Kammern, es hierbei nicht bewenden zu lassen. Man hält die Aufhebung des in der Verfassung ausgesprochenen Verbots der Errichtung von Fideikommissen nicht für zureichend, um dem Lande diejenigen Elemente einer Grundaristokratie, die es besitzt und deren es bei der Bildung einer Pairie, wie sie beabsichtigt wird, nicht entziehen kann, dauernd zu sichern. Man sieht auch in der älteren civilrechtlichen Gesetzgebung bedeutende Hemmnisse und Erschwerungen, und es darf deshalb einem Antrage: die Bestimmungen des Allg. Landrechts über die Bildung von Fideikommissen und die Wiederherstellung erloschener zu revidieren, ein günstiges Prognostikon gestellt werden. Wie wir hören, wird ein solcher Antrag in der ersten Kammer in diesen Tagen eingebracht.

Was die allgemeine deutsche Kalamität, die traurige „deutsche Flottenfrage“ betrifft, so ist die Bezeichnung „deutsche“ Flotte bereits antiquirt und an deren Stelle, wie aus einer in der hannoverschen Kammer erfolgten Interpellations-Beantwortung erhellt, die Bezeichnung „Nordsee-Flotte“ beliebt worden. Nichts desto weniger ist dort ein Antrag auf Erhaltung der deutschen Flotte gestellt worden.

Wie die N. Pr. Z. versichert, wäre es die Ansicht der preussischen Regierung, die jetzige Nordseeflotte für die Zukunft nicht in der Eigenschaft als ein unmitttelbares Eigenthum des gesammten deutschen Bundes beizubehalten. Die Errichtung der Flotte ist zufolge der diesseits festgehaltenen Ueberzeugung nicht nach den Vorschriften und unter den Bedingungen erfolgt, welche durch die allgemeinen Bundesgesetze und namentlich durch Artikel 14 der wiener Schluss-Acte für die Bildung organischer Einrichtungen (Plenar-Beschluß und Stimmen-Einhelligkeit) festgesetzt sind. Preußen will andererseits aber das gegenwärtige Nordseegeschwader als ein Eigenthum des Bundes erhalten, wenn sämtliche Bundesglieder neben gleichen Rechten auch gleiche Verpflichtungen an dem Institut erhalten haben, eine Voraussetzung, deren Erfüllung freilich sehr illusorisch ist, da bekanntlich mehrere Bundes-Regierungen sich geweigert haben, die ausgeschriebenen Geldbeiträge zu leisten. So lange daher die Eigenschaft der Flotte als Bundes-Eigenthum und in konsequenter Folge die Verpflichtung sämtlicher Bundes-Regierungen zu ihrer Unterhaltung nicht vom Bundestage ausdrücklich anerkannt ist, wird auch Preußen nicht zugestehen, daß ohne seine Zustimmung die Bundesversammlung über die vorhandenen Schiffe in der Art zu disponieren das Recht habe, wie neueren Nachrichten zufolge in Frankfurt beabsichtigt wird. Die Schiffe dürfen nur nach Verhältnis des gemachten Kostenaufwandes unter die Bundesglieder in natura vertheilt werden — eine Forderung, welche sich der Ansicht auch am meisten nähert, daß die Flotte Bundeseigenthum sei.

In Kopenhagen ist eine vollständige Ministerkrise eingetreten. Sämtliche Minister haben ihre Entlassung eingegeben und die Herren Graf Karl Moltke und geh. Konferenz-Rath Bluhme sind mit Neubildung des Kabinetts beauftragt.

Die Nach. Z. bringt einen sehr sachgemäßen Artikel über die jetzige Arbeiterbewegung in England. Am Schluß desselben präcisirt sie die dortige Situation folgendermaßen:

„Zimmerlin mag von dem Grundbesitze diese Verwicklung benutzt werden, um die Angriffe von sich abzuwälzen, wie man denn jetzt selbst einzelne Lords an den Versammlungen der Arbeiter Theil nehmen sieht. Diese schiefe Stellung ist jedoch nirgend haltbar; denn die Arbeiter wissen zu gut, daß der Druck, der auf ihnen lastet, zum Theil gerade dadurch herrührt, daß der Grundbesitz seine kleinen Pächter und Tagelöhner auf die Fabriksstädte wirft, weil er nicht mehr bei den jetzigen Kornzöllen bestehen könne. Soll dadurch die Wiedereinführung der Kornzölle erzwungen werden, so weiß der Arbeiter recht gut, daß dadurch die Konkurrenz der Industrie noch mehr erschwert, seine Arbeit beschränkt wird. Wie sehr er daher auch in diesem Augenblicke gegen das Kapital angehen mag, sein Hauptgegner bleibt ihm doch immer die jetzige Einrichtung des Grundbesitzes und darin geht er mit der Bourgeoisie zusammen.“

Die jetzige Arbeitseinstellung in England ist weniger schlimm für den Augenblick, denn sie wird doch zuletzt zu einem Kompromiß führen, als weil sie die Zukunft bedroht. Der Hauptstreit wird sich vor der Hand darum drehen, ob die Aushebung der Kornzölle eine definitive sein soll oder nicht. Die Protektionisten werden jetzt alle Segel aufspannen, denn in diesem Jahre muß die Frage definitiv gelöst werden. Was in diesem Jahre nicht für den Schutz gewonnen, ist unrettbar verloren. Darin liegt die ganze Frage der Ministerialkrise. Siegt die Protektion, wenn auch in noch so gemäßigter Form, nicht, so geht das ganze politische Gebäude Englands einer radikalen Aenderung entgegen. Das alte Pachtsystem ist ruiniert, damit der Einfluß der Aristokratie, und die Reform, welche bevorsteht, und welche, wie schon angekündigt, das ganze Gewicht des Staatslebens in die Bürgerklasse versetzen muß, fährt auch nothwendig die Vernichtung des Feudalismus, des großen Besitzthums und damit der Pfanden-Wirtschaft herbei.

Das laufende Jahr ist deshalb das wichtigste für England; es wird die Aufgabe des neuen Parlaments sein, welches spätestens im Winter zusammentreten muß, diese Frage zu entscheiden. Wie dasselbe gebildet wird, ob es dem jetzigen Kabinet gestattet sein wird, die Reform vorzubereiten, ist sehr zweifelhaft. Darin, nicht in dem Palmerston'schen Streit, liegt der Schwerpunkt der Frage. Die Politik tritt heut zu Tage zurück vor den sozialen Fragen, und wie dies in England selbst erkannt wird, wird weiter zu untersuchen sein.“

Preußen.

Berlin, 22. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem kaiserlich österreichischen Feldmarschall-Lieutenant, Grafen v. Schaffgotsch den rothen Adler-Orden erster Klasse; dem Landschafts-Direktor v. Tschammer auf Hoch-Weltch im Kreise Gubau, den Stern zum rothen Adler-Orden zweiter Klasse; dem kaiserlich österreichischen General-Major und Befehlshaber der Bundes-Befugung in Frankfurt am Main, v. Schmerling, den rothen Adler-Orden zweiter Klasse; dem Weihbischof und Dom-Kapitular Brodziszewski zu Gnesen, den rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem Professor Bucher am Gymnasium zu Köslin und dem Steuerath Müller zu Neuhaubensleben, den rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Schullehrer Stag zu Kerpen im Kreise Bergheim, dem Lehrer Niethke zu Himmelstorf im Kreise Mohungen, dem Polizei-Sekretär Karl Wilhelm Lawß zu Königsberg in Pr. und dem Schullehrer und Küster Saeger zu Spenge, im Regierungs-Bezirk Minden das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem General-Konsul, wirklichen geheimen Ober-Regierungs-Rath v. Minutoli, die Erlaubniß zur Anlegung des von Ihrer Majestät der Königin von Spanien ihm verliehenen Commandeur-Kreuzes des Ordens Isabella der Katholischen zu ertheilen.

□ **Berlin, 22. Jan.** [Ein Nachtrag zum Claessen'schen Antrag. — Die Schließung der Simion'schen Buchhandlung. — Aussichten für die Berliner Zollvereins-Konferenzen.] Nachdem der Claessen'sche Antrag in der zweiten Kammer durch eine Tagesordnung beseitigt worden war, welche zwar den Zustand unserer Presseverhältnisse auf sich beruhen ließ, dennoch aber der Erwägung der Regierung, namentlich die Vereinigung der polizeilichen Praxis mit den verfassungsmäßigen Bestimmungen, zu empfehlen schien: glaubte man, daß jetzt wenigstens eine mildere und schonendere Berücksichtigung der Presse und des Buchhändler-Betriebs bei uns Platz greifen werde. Es zeigt sich aber durch die vor einigen Tagen erfolgte polizeiliche Schließung der Simion'schen Buchhandlung, daß es bei uns eine bürokratische Partei giebt, welche eher auf eine geschärfte und gesteigerte Praxis hinaussteuert. Der erwähnte Fall erregt hier fortdauernd außerordentliches Aufsehen, da er einen allgemein geachteten und durchaus gebiegender Geschäftsmann betrifft, an den sich bisher in jeder Weise das Vertrauen seiner Mitbürger und Standesgenossen bethätigte. Hr. Simion ist beschuldigt worden, daß er der heimliche Verleger und Unternehmer des Glasbrenner'schen Volkskalenders sei, der, nachdem er in seiner ersten Gestalt konfisziert wurde, mit einer veränderten Einrichtung unter dem Titel: „Der Prophet für 1852“ (mit Angabe des Verlagsortes: Hamburg) plötzlich in einer großen Menge von Exemplaren hier wieder erschienen war. In dieser Annahme wurde der Simion'sche Geschäftsbetrieb sofort von der Polizei geschlossen, und ihm jetzt, nach Wiederabnahme der an sein Lokal gelegten Siegel, eröffnet, daß er, unter Androhung von 200 Thalern Strafe für jeden Kontraventionsfall, kein Buch ausgeben und verkaufen dürfe. Das bestehende Preßgesetz hat über der Stufenfolge der Verantwortlichkeiten, welche bei einer literarischen Publikation herangezogen werden können, keinen Zweifel übrig gelassen. Aus den bei der Hausdurchsuchung weggenommenen Korrespondenz-Papieren soll sich allerdings ergeben haben, daß der Buchhändler Simion mit einer Summe von tausend Thalern bei den Herstellungskosten des Glasbrenner'schen Kalenders theilhaftig ist. Er rückt aber dadurch nicht im Mindesten in die Stelle des Verlegers ein, da man sonst auch jeden Banquier, der einer Verlagshandlung die Kapitalien zu einem Geschäft vorgestreckt hat, in die durch das Preßgesetz vorgezeichnete Verantwortlichkeit eintreten lassen könnte. Da in diesem Fall mit so ungewöhnlicher Rigorosität verfahren worden, so muß man um so mehr auf die richterliche Entscheidung gespannt sein. Wie wir hören, herrschen in den obersten Verwaltungskreisen verschiedene Ansichten über das von dem Polizei-Präsidenten v. Hinkelde eingeschlagene Verfahren, und es dürfte dieser Fall leicht dazu dienen, eine, im Interesse des allgemeinen Rechtszustandes allerdings unerlässliche, Normirung der Polizeigewalt bei Behandlung der Preß-Angelegenheiten hervorzurufen.

Seit einigen Tagen giebt man sich hier der bestimmten Erwartung hin, daß der österreichische Zollkongress ohne alles und jedes Resultat hingehen werde, und sucht daraus ein um so günstigeres Prognostikon für die mit Ende des nächsten Monats in Berlin beginnenden Zollvereins-Konferenzen zu schöpfen. Wir haben uns jedoch schon früher die Warnung gestattet, sich hinsichtlich dieser vermeinten Resultatlosigkeit des wiener Zollkongresses nicht zu wohlfeilen Illusionen zu überlassen, und halten diese Bemerkung auch jetzt noch, wo man hier bereits triumphieren zu können glaubt, an der Zeit. Das Bestreben der preussischen Regierung mußte freilich von vorn herein dahin gehen, die bevorstehenden Berliner Zollvereins-Verhandlungen zum ausschließlichen Schwerpunkt der deutschen Handelspolitik zu machen. Der von der österreichischen Regierung ausgeschriebene Kongress war eben darauf berechnet, dies zu verhindern und es dürften auf demselben jedenfalls Einleitungen getroffen werden, durch welche eine Einwirkung auf die Berliner Verhandlungen im Sinne Oesterreichs ermöglicht wird. Oesterreich operirt jedenfalls auf alle mögliche Weise dahin, sich durch einen Bevollmächtigten bei der Berliner Zollvereins-Konferenz vertreten zu lassen, und es scheint kaum noch zweifelhaft, daß diese Operation in der letzten Zeit mit vielem Glück betrieben worden sei. Wäre die preussische Handelspolitik nicht in innern prinzipiellen Schwankungen begriffen gewesen, so würde sie von vornherein durch eine feste und unabweisliche Haltung den Boden des Zollvereins für seine eigenthümlichen Entwicklungen und Verhandlungen haben rein und in seiner Integrität erhalten können. Bei Eröffnung der Berliner Konferenzen dürfte es aber bereits ungewiß sein, inwiefern hier der Zollverein als solcher noch spezifisch vertreten ist, und diese Ungewißheit ist es gerade, welche den österreichischen Plänen dabei Thür und Thor öffnet und ihnen Gelegenheit giebt, das in Berlin nachzuholen, was jetzt noch in Wien mißglückt ist.

□ **Berlin, 21. Januar.** [Die Statuten des schwarzen Adler-Ordens. — Projekt einer Berliner Messe. — Papiergeld. — Die Angelegenheit

des Grafen Hompesch.] Die bei dem letzten Ordensfeste an den Hausminister Grafen v. Stolberg-Wernigerode verliehene Stelle als Kanzler des schwarzen Adler-Ordens ist seit langen Jahren unbesetzt gewesen; die darauf bezügliche Bestimmung des Ordens-Statuts war gleich mehreren anderen stillschweigend unbeachtet geblieben. Die desfallsige Bestimmung befindet sich nämlich im Art. 32 des alten Ordens-Statuts vom 18. Januar 1701 und lautet wörtlich: „Gleichwie es einem wohlgeleiteten Orden nicht allein zur Ehre, sondern auch zu dessen Aufnahme und Besten gereicht, wenn selbiger mit gewissen vor seine Rechte und dabei vorkommende Verrichtungen sorgenden absonderlichen Bedienten versehen ist: also ordnen und setzen Wir hiermit, daß auch dieser Unser Orden zur Beobachtung seiner Geschäfte und Angelegenheiten folgende Bediente haben soll: 1) einen Ordens-Kanzler, 2) einen Ordens-Ceremonienmeister, 3) einen Ordens-Schatzmeister, 4) einen Ordens-Sekretarium und 5) zwei Ordens-Herolde.“ Der Art. 33 desselben Statuts bestimmt dann die Rechte und Pflichten dieses Ordens-Kanzlers genauer dahin, daß er 1) das Ordensiegel bewahren, 2) „Alles, was bei Capitulstagen vorzustellen und zu erinnern ist, vortragen,“ und 3) die Beobachtung der Ordenssaktionen und Statuten überwachen solle. Man ersieht aus diesen Mittheilungen, daß die Ernennung des Grafen Stolberg zu dieser Stelle lediglich auf eine Formalität ohne große innere Bedeutung hinauskommt, aber sie beweist in Verbindung mit einer Menge anderer einzelner Erscheinungen das deutlich hervortretende Streben nach einer Wiederherstellung alter Institute und alten Ceremoniels, und nur eben deshalb kamen wir darauf als auf ein Zeichen der Zeit nochmals zurück.

Der außerordentlich schlechte Ausfall auch der diesmaligen leipziger Messe beweist zwar, daß seit der allgemeinen Ausdehnung der Eisenbahnen und den dadurch überaus erleichterten Beziehungen zwischen dem Waaren-Lieferer und dem Waaren-Entnehmer das Bedürfnis der Messen überhaupt immer mehr verschwindet, da der bei Weitem größte Theil der gegenseitigen Beziehungen jetzt in anderer Weise vermittelt wird; immerhin aber werden namentlich in Beziehung auf die Export-Geschäfte derartige regelmäßige Zusammenkünfte der Verkehrstreibenden, wie sie durch die Messen repräsentirt werden, mit Sicherheit noch längere Zeit fortbauern. Da man nun aber durch die Stellung, welche die königlich sächsische Regierung neuerdings in den handelspolitischen Fragen zum Zollverein eingenommen hat, an die Möglichkeit einer Gefährdung der Interessen des Zollvereines glaubt, so ist es, wie wir hören, hier an betreffender Stelle zur Sprache und in Vorschlag gekommen, für den Fall einer ferneren Annäherung Sachsens an Oesterreich und einer Entfremdung vom Zollverein hier in Berlin eine große regelmäßige Messe einzurichten und so zu versuchen, den Messverkehr von Leipzig hierher zu verlegen.

Es wird bekannt sein, daß durch eine vom 6. September 1850 datirte Bekanntmachung des Gesamt-Staatsministeriums eine zwischen zwanzig deutschen Staaten und den drei freien Hansestädten geschlossene Uebereinkunft publicirt wurde, durch welche diese Regierungen sich verpflichtet haben, „Behufs Abwendung der Uebelstände, welche für die Angehörigen dieser Staaten entstehen, wenn ausgegebenes Papiergeld ohne Festsetzung einer geräumigen Frist und ohne eine in weiter Ausdehnung erfolgende öffentliche Bekanntmachung dieses Termins außer Cours gesetzt wird,“ eine Einlösungsfrist von wenigstens 4 Wochen und eine desfallsige Veröffentlichung wenigstens 3 Monate vor deren Ablauf eintreten zu lassen. Man weiß, daß eine Umtauschung des gesammten seit dem Jahre 1835 umlaufenden preussischen Papiergeldes gegen neues beabsichtigt wird. Da aber wohl von allen deutschen Geldsorten das preussische Papiergeld den weitesten Umlaufskreis hat, so beabsichtigt, wie wir hören, die Regierung, mit Rücksicht auf die obige Uebereinkunft schon in der nächsten Zeit eine hierauf bezügliche Bekanntmachung zu erlassen und dieselbe in gewissen Zeiträumen zu wiederholen, um alle Besitzer preussischen Papiergeldes möglichst vor Verlusten zu bewahren. Der Termin für die Ausgabe des neuen Papiergeldes liegt übrigens, wie hieraus vielleicht zu schließen wäre, noch keineswegs so nahe, da zwar die Schemata und Formen dazu vollständig fertig sind, der Druck desselben aber erst beginnen wird, sobald die neue Staats-Druckerei in Betrieb gesetzt werden können. Freilich sind die Einrichtungen dieser Druckerei der Art, daß vom Augenblicke des Beginnes des Druckes an die Arbeit in der allerschnellsten Weise wird gefördert werden können. Wir wollen übrigens bei dieser Gelegenheit zum Schlusse noch bemerken, daß bei der letzten im Jahre 1835 effectuirtten Umtauschung von der Regierung mit der allgrößten Liberalität verfahren wurde, indem nicht nur der Einlösungs-Termin wiederholtlich verlängert, sondern meistens auch noch diejenigen Kassen-Anweisungen umgetauscht wurden, deren Präsentation selbst nach dem Ablauf des letzten Termins erfolgte. Als man sich damals endlich am 31. Mai 1839 das Umtausch-Geschäft zu schließen veranlaßt sah, fehlten im Ganzen noch 161,955 Rthl., die gar nicht präsentirt worden waren, die also der Staat gewissermaßen gewann.

Es ist in den öffentlichen Blättern wiederholtlich der Reise des Kriminal-Raths Nörner nach Brüssel im Interesse der vielbesprochenen Forderungen des Grafen Hompesch an die belgische Regierung in einer Weise gedacht worden, daß man annehmen durfte, es sei derselbe in irgend einer offiziellen oder offiziösen Weise von hier aus dieserhalb dorthin geschickt worden. Diese Annahme entbehrt aber jeden Grundes; es ist die Reise des Herrn Nörner vielmehr lediglich nach einem Privat-Abkommen mit dem Grafen Hompesch erfolgt, welcher Letztere, wie wir hören, demselben ein Entgelt von 1000 Stück Friedrichsd'or zugesagt hat, falls ihm eine zufriedenstellende Regelung der fraglichen Angelegenheit gelänge. Graf Zietzen, der von Seiten seiner Gemahlin in vielfachen Familien-Beziehungen in Brüssel steht, hat sich dieser Reise lediglich aus Interesse für den ihm befreundeten Grafen Hompesch angeschlossen. Es soll hiermit nun keineswegs in Abrede gestellt werden, daß außerdem auch die diesseitige Regierung durch ihren Gesandten für die Rechte des Grafen Hompesch als preussischen Staats-Angehörigen in Brüssel eingetreten ist; allein es hat nur dieses offizielle Handeln mit der erwähnten vielbesprochenen Reise der Eingangs genannten beiden Männer nichts gemein.

Berlin, 2. Januar. [Zur Tages-Chronik.] Der Minister des Innern hat jetzt einen Verteidiger in der Person eines früheren Diplomaten, wie er sich nennt, gefunden. Die Verteidigung, eine in Hamburg erschienene Broschüre, nimmt Hr. v. Westphalen namentlich wegen der Reaktivirung der Provinzialstände in Schutz. Man hat diese Maßregel einen Hemmschuh für das parlamentarische Leben genannt. Die Verteidigung giebt dies zu, aber sie vindicirt einem solchen Hemmschuh die Nützlichkeit. „Das Leben eines konstitutionellen Staates — sagt er — ist ein rauher unebener Weg voll Höhen und Tiefen zu einem von der Geschichte gezeichneten Ziele, den das Volk einmal wandeln muß; wer also diese unebenen Pfade ohne Hemmschuh beschreiten will, muß besorgen, wenn er eine Höhe erreicht hat, jählings in die Tiefe zu rollen und zu zerschellen.“ Der Verfasser, der in die Absichten des Ministeriums betreffs der Provinzialstände und ihres Verhältnisses zu den Kammern eingeweiht scheint, bezeichnet es als zweckmäßig, die Provinzialstände als jedesmalige Vorläufer einer Kammerperiode, als Vorarbeiter für die parlamentarischen Diskussionen einzuberufen.

In der Nacht vom 18. zum 19. und vom 19. zum 20. d. Mts. sind die Wohnungen aller in Berlin unter Polizei-Aufsicht stehenden Personen zu einer und derselben Stunde von Schußmännern visitirt worden. Alle Personen der Art, welche man nicht anwesend traf, sind sofort nach ihrer Habhaftwerdung verhaftet und zur Einleitung der gerichtlichen Verastung ins Arbeitshaus gebracht worden. Der Befehl zu diesen Visitationen wurde ganz unvermuthet mittelst des elektrischen Telegraphen ertheilt. Wenige Minuten genühten, um denselben sofort durch die ganze Stadt zu verbreiten. Den Dieben Berlins ist dieser Zwang, der sie verhindert, ihre Wohnungen des Nachts zu verlassen, sehr störend.

Nach einem Erlaß des geistlichen Ministeriums vom 2. Januar d. J. soll in den Schullehrer-Seminarien es wohl im Auge behalten werden, daß die Schullehrer außer ihren sonstigen Obliegenheiten auch die Aufgabe haben, den Sinn für ernste, religiöse Musik und für den edleren Volksgesang zu wecken.

Nach einer Verfügung des Kultusministers vom 20. Oktober 1851 hat der evangelische Pfarrer, in dessen Parochie eine gemischte Ehe von einem katholischen Geistlichen eingeleitet worden, auch dann noch das Recht auf die ihm gebührenden Stolgebühren, wenn der Parochiane ohne Erlaubniß seines Parochus den Geistlichen der andern Konfession zugezogen hat.

(Schw. A.)

Berlin, 22. Jan. [Hof- und Personal-Nachrichten.] Heute findet eine Sitzung des Staatsministeriums statt, in welcher in Bezug auf die Frage wegen Bildung der ersten Kammer eine letzte Berathung gepflogen werden soll. Hierauf wird Sr. Majestät der König einem Ministerconfeil vorstehen.

(C. B.)

Ihre königl. Hoheit die Frau Prinzessin von Preußen gedenkt im Mai d. J. nach Berlin zu kommen und zwar zuerst auf Veranlassung der auf den 26. desselben Monats fallenden Feter der silbernen Hochzeit Höchstlicher durchlauchtigster Schwester, der Prinzessin Karl, königl. Hoheit.

Der französische Gesandte am hiesigen Hofe, Hr. v. Lesèvre, wurde gestern Abend vor der Cour von Sr. Majestät dem Könige in einer Audienz empfangen und überreichte ein Schreiben des Präsidenten Louis Napoleon Bonaparte, worin dieser Sr. Majestät dem Könige seine Wiedererwählung anzeigt.

Der diesseitige Gesandte beim Bundestage, geb. Legationsrath v. Bis marck-Schönhausen, wird, da die Verhältnisse seine Anwesenheit in Frankfurt a. M. nothwendig machen, morgen früh dahin abgehen. Herr v. Bis marck hatte heute früh bei Sr. Majestät dem Könige eine Abschieds-Audienz. Ob Hr. v. Bis marck noch vor dem Schlusse der Kammern nach Berlin zurückkehren wird, ist zweifelhaft.

Die Mittheilung hiesiger Blätter, der Oberst v. Griesheim, Kommandant von Koblenz, werde ins Kriegsministerium berufen werden, entbehrt, wie wir zuverlässig erfahren, jeder Begründung.

Die großbritannischen Kabinet-Couriere Townley und Wright sind resp. aus Petersburg und Wien hier eingetroffen.

(N. Pr. 3.)

Einer gut verhängten Mittheilung zu Folge ist, wenn eine Aenderung der allgemeinen politischen Verhältnisse nicht eintritt, für den Frühling ein Besuch Ihrer Majestäten des Kaisers von Rußland und der Kaiserin für die hiesige Residenz zu erwarten.

(C. B.)

Berlin, 22. Januar. [Parlamentarisches.] Die Fraktion des Herrn v. Bethmann-Hollweg hat sich bereit, den Wünschen der Regierung wegen Neubildung der ersten Kammer durch Einbringung folgenden Antrages entgegen zu kommen: „Die Kammer wolle beschließen: im verfassungsmäßigen Wege der Artikel 107, 62 und 64, 1. den Artikel 65 der Verfassungsurkunde abzuändern und dahin zu fassen: Die erste Kammer besteht: a) aus den großjährigen königl. Prinzen, b) aus den Häuptern der hohenzollernschen Fürstenthümer, c) aus den Häuptern der ehemals unmittelbaren reichsständischen Häuser in Preußen, d) aus den Häuptern derjenigen Familien, welchen das nach der Erstgeburt und Linealfolge zu vererbende Recht auf Sitz und Stimme in der ersten Kammer vom Könige beigelegt wird. In der Verleihungs-Urkunde werden zugleich die Bedingungen festgesetzt, an welche die Ausübung dieses Rechts geknüpft ist; e) aus solchen Mitgliedern, welche der König auf Lebenszeit ernennt. Die Zahl der Mitglieder ist nicht beschränkt. 2. Die übrigen, sich auf das Verhältniß der ersten Kammer beziehenden Artikel demgemäß zu modifiziren.“ Abgeord. Heffter hat als Antragsteller unterzeichnet, unterstützt wird derselbe von den Abgeordneten Berend, v. Bethmann-Hollweg, von dem Busche-Münch, Carl, Eichhorn, Graf von Fürstenberg-Stammheim, Goldammer, Kolbe, Koppe, Mägke, Magnus, Mathis, v. Merkel, v. Kaumer (Düsseldorf), Freiherr v. Seidlitz, Graf York v. Wartenburg.

Nach dem erschienenen Berichte der Kommission erster Kammer zur Vorberathung über die Anträge der Abgeord. v. Kleist-Lychow und Graf v. Tzenplig, die Abänderung der Art. 40 und 41 der Verfassungsurkunde betreffend, trägt die Kommission (mit 9 gegen 2 Stimmen) darauf an: „Die Kammer wolle auf dem durch Artikel 107 der Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Wege, also durch dreimalige Abstimmung mit einem Zwischenraum von wenigstens 21 Tagen beschließen, daß die Artikel 40 und 41 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 außer Kraft und an deren Stelle einfach die Bestimmung zu setzen: „Die Errichtung von Lehnen ist untersagt. Auf Thron-Lehnen findet diese Bestimmung keine Anwendung.“ Die Kommission begründet diesen Antrag auf die vielfseitig erhobenen Einsprüche gegen die Aufhebung der bestehenden Lehne und Fideikommiss, sowie durch Uebereinstimmung desselben mit dem Inhalte der allerhöchsten Botschaft vom 31. Januar 1850, nach welchem dem in der Verfassungsurkunde verheißenen Gesetze, über Familien-Fideikommiss sowohl die Wahrung der erworbenen Rechte der Anwärter, als auch die Erhaltung einer der verfassungsmäßig gesicherten künftigen Bildung der ersten Kammer entsprechenden Grundlage vorbehalten werde.

Von dem Abgeord. zur ersten Kammer Herr W. v. Merkel, frühern Chef des literarischen Kabinetts, erscheint hier eine Broschüre: „Alter und neuer Konservatismus“, welche die bekannten Ansichten der Bethmann-Hollweg'schen Partei vertritt. Als charakteristisch für die Auffassung des Verhältnisses zwischen Oesterreich und Preußen heben wir eine Stelle hervor: „Preußen ist ein konstitutioneller Staat. Lange ehe die Form erfüllt ward, hatte es dem Absolutismus entsagt, welchen Oesterreich für die Freiheit unreif, wieder herstellt. Die Thronrede Friedrich Wilhelm IV. am 6. Februar 1850 und die Handbilletts Franz Josephs, vom 20. August 1851 haben zwischen Preußen und Oesterreich entschieden.“

(C. B.)

Es erregt auf vielen Seiten Verwunderung, daß die jetzigen Kammer-Arbeiten Angesichts einer so bedeutenden Masse des wichtigsten Berathungs-Materials so langsam vorschreiten. Die Plenarsitzungen finden wegen Mangels an Vorarbeiten fortbauern nur äußerst spärlich statt, während die Session nunmehr schon fast 2 Monate dauert. Der Grund der Zögerung liegt wohl in den Kommissionen? —

(N. Pr. 3.)

In der heute stattgefundenen Ersatz-Wahl eines hiesigen Wahlbezirks ist der Graf v. Bernstorff, zuletzt diesseitiger Gesandter in Wien, mit 38 von 62 Stimmen zum Abgeordneten für die erste Kammer erwählt worden.

*) Wie bekannt, hat Graf Zietzen bereits eine Audienz bei Sr. Majestät dem Könige von Belgien gehabt.

Deutschland.

München, 19. Jan. [In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer] begannen die Beratungen des Budgets. Die erste Position war der Etat des königlichen Hauses und Hofes, wobei Hr. Kolb den Abstrich der Appanagen des Königs Otto von Griechenland (80,000 fl.) beantragte. Die Kammer ging jedoch hierauf nicht ein, sondern genehmigte den ganzen unveränderten Etat der Civilliste, Appanagen, Wittwengehälter und Pensionen im Betrage von 2,950,408 fl. Eine sehr lebhaft diskutierte Entschiedenheit über den Etat des Staatsministeriums des königlichen Hauses und des Aeußern, beziehungsweise über die Besoldungen und Regiekosten der Gesandtschaften. Das Regierungspostulat hierfür beträgt 303,680 fl., welches vom Ausschuss auf 270,000 fl. gemindert wurde. Hr. Dr. Arnheim beantragte eine Minderung auf 167,314 fl., und Hr. Kolb auf 150,000 fl. Der Ministerpräsident Herr von der Pfordten trat allen Minderungsvorschlägen entgegen, und verteidigte mit Entschiedenheit die Forderung der Regierung. Die Kammer entschied sich jedoch für die von ihrem Ausschuss vorgeschlagene Summe. Ferner genehmigte sie die Ausgaben von 20,000 fl. für die Bundesmatrikel und von 4140 fl. für Orden; beide Postulate waren, das erstere unter Protest, von der Linken bestritten worden. Auch der Etat für das Staatsministerium der Justiz erlitt Abstriche.

Die A. Z. meldet ferner mit Bestimmtheit: Nächstens werden der Kammer zwei Gesetzesentwürfe vorgelegt werden, wodurch den Geschworenen die Aburtheilung der Preßvergehen und der politischen Verbrechen entzogen werden soll. — Die kgl. Polizeidirektion hat gestern Mittag den Rechtskonzipienten Mayerhofer seiner Haft entlassen; kaum aber war derselbe einige Stunden in seiner Wohnung, als er auf Grund eines Haftbefehls des Kreis- und Stadtgerichts neuerdings verhaftet wurde. Man beschuldigt ihn nunmehr des Versuchs zum Hochverrath.

Karlsruhe, 19. Januar. Nachdem schon seit einigen Wochen gastrisch-rheumatische Zufälle, von mäßigen Fieberbewegungen begleitet, das Befinden des Großherzogs getrübt hatten, ist in den letzten Tagen eine entzündliche Anschwellung des rechten Kniegelenkes hinzugegetreten. Obgleich die Heftigkeit dieser örtlichen Affektion bereits abgenommen hat, so erfordert dieselbe doch immer noch Ruhe und ein ununterbrochenes Verweilen im Bett.

Gotha, 19. Januar. Heute hat die spezielle Diskussion über die Regierungsvorlagen hinsichtlich des neuen Staatsgrundgesetzes und der Vereinigung der beiden Herzogthümer in unserer Abgeordnetenversammlung ihren Anfang genommen. Der Staatsminister v. Seebach betheiligte sich sehr lebhaft an derselben, wogegen sich die Linke ganz passiv verhielt.

Dresden, 21. Januar. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer beantwortete zunächst Staatsminister Behr die neulich vom Abgeordneten Emmerich eingereichte Anfrage hinsichtlich des Anschlusses der chemnitz-riesaer Eisenbahn an die sächsisch-bairische dahin, daß die Regierung ebenfalls von der Nothwendigkeit einer baldigen Vollendung des ganzen Eisenbahnnetzes in Sachsen und insbesondere der chemnitz-riesaer Bahnstrecke überzeugt sei, daß sie aber diesmal eine diesfallsige Forderung aus Schonung der Steuerpflichtigen unterlassen zu müssen glaubt, da kein Antrag deshalb von den Ständen ausgegangen. Sollte dies geschehen, so würde die Regierung die Sache in Erwägung ziehen.

Hannover, 21. Januar. Der heutigen vertraulichen Sitzung der zweiten Kammer ging eine öffentliche voraus, in welcher zunächst folgende zwei Anträge auf den Tisch des Hauses niedergelegt wurden:

1) In Erwägung, daß ein Krieg gegen Dänemark die Nothwendigkeit einer deutschen Flotte bedingt und die Erhaltung derselben für das Königreich Hannover ein dringendes Bedürfnis ist im Interesse der Schifffahrt und des Handels, eruchen die Stände die kgl. Regierung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Flotte einzutreten, wobei Stände erklären, daß sie die nöthigen Geldmittel der Regierung bewilligen werden.

2) Stände eruchen die Regierung, dieselbe wolle den vertriebenen Schleswig-Holsteinern beim Eintritt in das hannoversche Land die Ertheilung des Staats- und Gemeindebürger-Rechts nicht erschweren.

Hierauf wurde zu den schon gestern erwähnten Interpellationen geschritten. Auf die Interpellation bezüglich der Organisationsfrage, ob über das Rückschreiben der Stände auf das Schreiben der Regierung vom 2. Dezember jetzt schon eine Entschließung gefaßt sei, und ob das Land die Hoffnung haben dürfe, daß die Regierung mit der Ausführung der sofort möglichen Organisationen vorschreiten würde, antwortete der Minister zum Erstaunen der Linken: Auf das Rückschreiben der Stände ist bis dahin eine Antwort nicht beschlossener; die Sache liegt so, wie sie in den Tagen lag, wo das Schreiben gefaßt ist. Der Interpellant, Weinhausen, fragte hierauf weiter, ob das Land in dieser wichtigen Angelegenheit bis zum Schluß der Session eine Entschließung erwarten dürfe. Ueber das Stillschweigen der Minister drückte Weinhausen sein Bedauern aus. Ferner erklärte der Minister, daß Mittheilungen von Bedeutung in dieser Session nicht mehr an die Stände gelangen würden. In Bezug auf die Flottenfrage kann Finanzminister v. d. Decken nur bemerken, daß die Verhandlungen über die Flotte noch nicht geschlossen sind — daß übrigens die Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Erhaltung der Flotte wirken werde. Schließlich interpellirte Weinhausen die Regierung, ob von Seiten derselben nichts weiter geschehen würde in Beziehung auf die Amnestiefrage, ob die Regierung namentlich nicht das nachholen würde, was die beiden frühern Regierungen versäumt hätten, den Anträgen der Stände in dieser Angelegenheit Genüge zu leisten. Minister Windthorst glaubt den Vorwurf, der gegen die frühern Regierungen erhoben, zurückweisen zu müssen; es sei allerdings den Anträgen der Stände diejenige Berücksichtigung geworden, welche im Interesse des Rechts und der Ordnung nothwendig sei. Minister Windthorst wird hierauf noch vereidigt.

Hamburg, 21. Januar. Aus dem Schleswigschen bringt die „St. Zeitg.“ die sehr bemerkenswerthe Notiz, man spreche davon, daß die dort stationirten dänischen Reserve-Bataillone zurückgerufen und permittirt, dagegen die in Kopenhagen garnisonirenden schleswigschen Bataillone nach dem Herzogthum zurück verlegt werden sollten.

Aus Kopenhagen erhalten wir Mittheilungen über die Ministerkrise. Dieselbe scheint jetzt endlich in der That beendet zu sein, und zwar durch die Ernennung des Grafen Karl Moltke zum Minister für Schleswig. In dem Schreiben heißt es: man behauptet, daß die letzten „dänisch gesinnten“ Mitglieder — Tillisch, Bardenfleth, von Döckum — im Begriffe seien, aus dem Cabinet auszuscheiden. Von Einigen werden auch Scheel und Sponeck — letzterer bei seiner bekannten Schmiege-

samkeit gewiß mit Unrecht — den Abtretenden beigezählt. Die Herren Bluhme und Bang würden demnach mit Sponeck das neue Ministerium zu bilden haben. (Siehe den Artikel Kopenhagen.) (Hamb. Nachr.)

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Januar. Sicherem Vernehmen nach hat das gesammte Ministerium gestern seine Demission bei dem Könige eingereicht, der dieselbe auch angenommen und den geheimen Konferenzrath Bluhme und den Grafen Karl Moltke mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt hat. Die Demission des Ministeriums ist dem Könige durch den Minister des Auswärtigen, Hrn. Geheimrath Bluhme überbracht worden, der gestern zu diesem Zwecke in Friedrichsborg war. Ob auch noch andere der Minister dort waren, ist mir unbekannt. Daß der geheime Rath v. Tillisch wieder in das neue Cabinet treten wird, halten Gutunterrichtete für nicht wahrscheinlich und meinen, daß derselbe wiederum das geheime Kabinet-Sekretariat des Königs übernehmen werde. Auch wird angedeutet, daß der bisherige Konseilspräsident Graf Wilhelm Moltke es abgelehnt haben soll, aufs Neue das Konseilspräsidium zu übernehmen; da der König es indeß wohl sehr ungern sehen würde, wenn der Graf W. Moltke sich zurückzöge, so möchte es anzunehmen sein, daß dieser dennoch auf den Wunsch des Königs den hohen Posten eines Premierministers wieder übernehmen wird. (Preuß. Z.)

Oesterreich.

* **Wien, 22. Januar.** [Tagesbericht.] Das Ministerium hat die Forderungen der ungarischen Bischöfe bewilligt. Die Volksschulen werden der bischöflichen Leitung anvertraut. Für die Seminarien ist gesorgt, insoweit man die Abtei Kapernak, St. Job. u. für ihre bessere Existenz bestimmte.

Eine Verordnung stiftet die Urlaubsbewilligung für die Beamten durch einige Zeit. In einer der letzten Sitzungen des hiesigen Zollkongresses wurden die Zollvereins-Verträge der Jahre 1833 und 1841 einer Durchsicht unterworfen, und von dem österreichischen Bevollmächtigten Auskunft ertheilt, welche Punkte davon in die gegenwärtigen Vorlagen Aufnahme gefunden.

In einer hier kürzlich angelangten Depesche hat sich die sardinische Regierung für mehrere lombardische Flüchtlinge verwendet und man glaubt, daß denselben die Rückkehr nach Mailand gestattet wird. — Der Herzog v. Litta und Graf Carl Borromeo, die jüngst um Erlaubniß zur Rückkehr nach Mailand einkamen, dürften bald Bescheid erhalten. Für den Grafen Borromeo dürfte er günstig ausfallen, da er weniger kompromittirt ist, als der Herzog v. Litta. Ein Glied der gräflich Borromeoschen Familie befand sich 1848 in Wien bei der lombardischen Nobelgarde, und war einer von den wenigen Getreuen, die während der politischen Wirren ihren ehrenvollen Posten nicht verließen. Dieser Umstand soll nicht ohne Einfluß auf den Bescheid geblieben sein.

Vor Kurzem war das Gerücht verbreitet, daß die hiesige Universität nach Salzburg verlegt werden solle. Es beschränkt sich aber nur darauf, daß dort eine juristische Fakultät errichtet wird.

O. C. Nach der „Kreuzzeitung“ Nr. 15 wäre der Herr Ministerpräsident, Fürst Schwarzenberg, gefährlich erkrankt gewesen und der k. k. Gesandte zu Turin, Graf Apponyi, zur eventuellen Uebernahme des auswärtigen Departements nach Wien telegraphisch berufen worden. Diese, auch in hiesige Blätter übergegangene Nachricht, so wie das wiederholt verbreitete Gerücht von der Ernennung Sr. Durchlaucht des F.M. Fürsten v. Windischgrätz zum Generalgouverneur von Böhmen und mehreren damit in Verbindung gesetzten Personalveränderungen in höhern Administrationsposten, sind durchaus ungegründet.

Italien.

* **Turin, 17. Jan.** [Interpellation.] In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer interpellirte Avigdor den Finanzminister, indem er geltend machte, die leßthin abgehaltene geheime Sitzung habe das Mißtrauen der Geschäftswelt erweckt. Der Finanzminister Graf Cavour gab die Erklärung ab, er betrachte die Finanzlage des Landes als eine wesentlich gebesserte, da die öffentlichen Fonds eine immerhin zufriedenstellende Höhe behaupteten und die Hoffnung, eine Vermehrung der indirekten Staatseinnahmen zu erzielen, stiege. Nach dieser Expektoration ward die Budgetdebatte fortgesetzt. Der königl. großbritannische Gesandte Abercromby ist bereits auf seinen neuen Posten nach dem Haag abgereist; auch der Gesandtschaftssekretär Bingham ist von seiner Regierung abberufen und Sir Erskine an seine Stelle ernannt worden.

* **Neapel, 13. Januar.** [General-Lieutenant Saluzzo.] Die Frau Herzogin v. Amale ist von einem gefunden Knaben entbunden worden, bei welchem Sr. Maj. der König selbst Taufpaterstelle vertreten wird. — Der Tod wüthet in den Reihen der hiesigen hohen Generalität; auch der General-Lieutenant Saluzzo ist gestorben. — Am 2. d. Mts. ist schweizerischen Geschäftsmännern die Entschädigungssumme wegen der Ereignisse zu Messina im Jahre 1848 und 1849 ausbezahlt worden. Die betreffende Entschädigungskommission hat bereits die Beträge ausgemittelt, welche an Oesterreich, Preußen, Frankreich und England zu zahlen sein werden; in zweiter Reihe wird sie sich nunmehr mit den Ansprüchen anderer europäischer Mächte und den nordamerikanischen Freistaaten beschäftigen. — Zu Messi und Reggio sind heftige Erdstöße wahrgenommen worden.

Frankreich.

Paris, 20. Januar. [Tagesbericht.] Eine Ministerialveränderung soll bald bevorstehen. Wenn Herr Fould wirklich austritt, so geschieht dies nur, weil er mit den radikalen Finanzreformen nicht einverstanden ist, die Louis Napoleon vor hat, und womit derselbe insbesondere sich die Arbeiter und die Landbevölkerungen gewogen machen will. Herr v. Morny gilt als der Vertreter der gemäßigten Ansicht, die dahin geht, sich die gebildeten Mittelklassen dadurch zu gewinnen, daß man die Konsequenzen seines Sieges nicht übertreibt und sich von allem ferne hält, was dem jetzigen Regiment ein zu absolutistisches Gepräge aufdrückt, während Persigny rückwärts das bonapartistische Programm durchgeführt wissen will. Ein Ministerwechsel hat freilich jetzt nicht die Bedeutung, die er früher hatte, denn Louis Napoleon thut ja doch, was er will. Die neuen Senatoren-Ernennungen werden ehestens veröffentlicht werden und wie verlautet, soll das Heer sehr stark vertreten sein. Auch Expairs sollen darin fungiren. Die Herren de Langle und Billault, nennt man als künftige Staatsräthe. Es ist im Plane, die Gehalte der höhern Justizstellen, der Räte an (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Erste Beilage zu No. 24 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 24. Januar 1852.

(Fortsetzung.)

Kassations- und Appellhöfen um ein Viertel ihrer Gehalte zu erhöhen. Die Gegner des Gouvernements sehen darin bloß den Zweck, den lauen bonapartistischen Eifer der Magistratur anzufeuern. Der treffliche Fabeldichter Lachambolie hat es seinem Talente und der anerkennenswerthen Verwendung des Vorstandes der Akademie zu verdanken, daß er wieder freigelassen wurde. Andere sind minder glücklich, als er, und müssen nach Cayenne wandern.

Der „Ocean von Vrest“ schreibt: Der Canada, von Havre kommend, wo er die im Interesse der allgemeinen Sicherheit zur Deportation bestimmten Individuen an Bord nahm, ist heute in unsern Hafen eingelaufen. Der widrige Wind zwang ihn seine Fahrt zu unterbrechen. — Die erste Lieferung der für die Deportation nach Cayenne bestimmten Baraken ist bereits fertig. Diese Baraken werden ein Gewicht von 900 Tonnen ausmachen. Die Administration der Marine in Bordeaux hat, um diesen Transport zu bewerkstelligen, ein Uebereinkommen mit vier Rhedern treffen müssen, Lebensmittel im Gewichte von 300 Tonnen: Gemüse, Mehl, Wein und Branntwein werden nächstens nach Cayenne abgehen.

Seit einigen Tagen war das Gerücht verbreitet, daß das Gouvernement alle Güter der Familie Orleans konfiszieren wolle, und daß die Maßregel bereits getroffen wäre, hätte sich nicht Herr Morny auf das Entschiedenste widersetzt und erklärt, er werde lieber zurücktreten, als seine Zustimmung dazu geben. Wahr ist, daß im Ministerrath der Vorschlag gemacht wurde, die Güter der Söhne Louis Philipps mit Sequester zu belegen, damit ihr Einkommen nicht dazu benützt werden könne, politische Intriguen in ihren Interessen zu unterhalten. Der Antrag fiel aber im Ministerrath durch. Die Familie Orleans hatte früher das Journal „L'Ordre“, das in ihrem Interesse schrieb, unterstützt. Bei der Lage der Dinge fand sie es natürlich für rathamer, diese Unterstützung fallen zu lassen, um nicht der Gewalt einen Vorwand zu Verfolgungsmaßregeln zu bieten. Das Journal L'Ordre hat mit Chambole's Verbannung aufgehört zu existiren, und so ist kein äußerlicher Vorwand mehr vorhanden, der gegen die Familie Orleans ausgebeutet werden könne.

Die „Normandie“, ein Departementalblatt, will wissen, daß die konstituirten Körperschaften ein eigenes Kostüm haben werden. Die Kleidung der Staatsräthe, Senatoren und Mitglieder des gesetzgebenden Körpers soll reich sein. Sie wird Aehnlichkeit mit der Kleidung dieser Körperschaften unter dem Kaiserreich haben. Dasselbe Blatt meldet, daß die Stellung der Unterpräfekten einflußreicher, und ihre Lage verbessert werden soll.

Herr Goudchaux ist seiner Stelle als Direktor des National-Diskontokomptoirs zu Straßburg enthoben worden.

Paris, 20. Januar. [Das Mornysche Wahl-Circular.] Folgendes Circular des Ministers des Innern zeigt, in welcher Weise die Regierung die Wahlen für den gesetzgebenden Körper geleitet wissen will. „Herr Präsekt! Nachstehs werden Sie zu den Wahlen für den legislativen Körper zu schreiten haben: dies ist ein ernstes Werk, welches entweder ein Korollarium oder der Gegenfuß der Abstimmung vom 20. Dez. sein wird, je nachdem Sie Ihren rechtmäßigen Einfluß werden zu gebrauchen wissen. Fassen Sie wohl den Gedanken auf, daß das allgemeine Stimmrecht ein neues und unbekanntes Element ist, das ein ruhbedeckter Name, der einzig in der Geschichte dasteht, und in den Augen der Bevölkerung die Autorität und Macht darstellt, zwar leicht für sich gewinnt, das aber nur schwer sich Individualitäten zweiten Ranges zuneigt. Auch werden Sie dies nicht erreichen, wenn Sie wieder in die alten Verirrungen zurückfallen. Ich wünsche Ihnen die Ansicht des Staatschefs mitzutheilen; Sie sehen, daß die Verfassung die theatralische, dramatische Seite der deliberirenden Versammlungen vermeiden wollte, indem sie die Reproduktion der Reden im legislativen Körper unterlagte. Auf diese Weise werden die Mitglieder dieser Versammlung daran denken können, meist und ohne Schwierigkeit die Angelegenheiten des Landes zu besorgen, weil sie nicht fortwährend darauf bedacht sein müssen, welchen Effekt ihre Worte auf der Tribüne hervorbringen werden. Das Wahlgesetz kann unvereinbare Dinge hervorrufen, die Stellung der Staatsbeamten in einer politischen Versammlung ist sehr zarter Natur; stimmen sie für die Regierung, so verringern sie ihr eigenes Ansehen, stimmen sie aber gegen die Regierung, so schwächen sie das Autoritätsprinzip. Die Ausschließung der Beamten und die Aushebung aller Diäten muß in einem Lande, wo die Vermögensverhältnisse so getheilt sind, wie in unserm Lande, nothwendigweise die Zahl der Männer beschränken, welche dieses Mandat werden erfüllen können oder wollen. Da aber die Regierung fest entschlossen ist, jedes Mittel der direkten oder indirekten Corruption von sich zu weisen, und jede Ueberzeugung zu achten, so muß die Regierung, wenn sie das Vertrauen des Landes auf den gesetzgebenden Körper erhalten will, dahin streben, nur Männer in denselben zu bringen, welche durch ihre Stellung und ihren Charakter unabhängig dastehen. Wenn sich ein Mann durch Arbeit, durch Industrie oder Aerbau ein Vermögen erworben, wenn er sich damit beschäftigt hat, das Loos seiner Arbeiter zu verbessern, wenn er sich durch den edlen Gebrauch seines Vermögens populär gemacht hat, dann ist er allen sogenannten politischen Persönlichkeiten vorzuziehen, denn er wird mit praktischem Geiste an das Werk der Gesetzgebung gehen, und die Regierung in ihrem Bestreben, den Frieden wiederzuschaffen und aufzubauen, unterstützen. Wenn Sie mir unter diesen Bedingungen die Kandidaten, welche die meisten Chancen haben, die Majorität des allgemeinen Stimmrechts zu erhalten, bezeichnen werden, dann wird die Regierung keinen Augenblick zögern, sie offen der Wahl und den Wählern anzuempfehlen. Bisher war man in Frankreich gewohnt, Wahlkomite's zu bilden. Dieses System war von Nutzen, so lange noch nach dem Listenstrutinium gewählt wurde. Das Listenstrutinium erzeugte eine solche Verwirrung, eine solche Nothwendigkeit, sich zu besprechen, zu verständigen, daß die Leitung eines Komite's unentbehrlich war; heute aber sind ähnliche Komite's ganz ohne Nutzen, weil die Wahl nur einen einzigen Namen betrifft; sie können höchstens die Bevölkerung beirren, und ihre Freiheit aufheben. Rathen Sie daher den Freunden der Regierung davon ab, Komite's zu bilden. Vormals, so lange das allgemeine Stimmrecht beschränkt und der Wahleinfluß nur einigen Familien zugetheilt war, mußte der Einfluß derselben Haß erregen. Einige unbedeutende Ordensbänder, einige Plätze konnten in einem kleinen Wahlkolleg den Erfolg sichern. Natürlich empörte dieser Mißbrauch die Gemüther und man verlangte von der Administration, daß sie sich jedes offensbaren Einflusses enthalte. Die Aktion, die Neigung der Administration wirkten da geheim, und eben dadurch kompromittirte sie die Autorität und Würde der Verwaltung. Durch welche Kunst aber sollte heutzutage die Regierung die so ungeheure Wählerzahl beschränken haben? Durch den Köder von Stellen? Die Kadres der Administration von ganz Frankreich sind nicht groß genug, um nur die Bevölkerung eines Kantons aufzunehmen. Etwas durch Geld? Abgesehen davon, daß die Administration zu viel Ehrgefühl besitzt, um je Aehnliches zu versuchen, würde der ganze Staatsschatz nicht hinreichen. Sie werden sich erinnern, worauf sich die Bemühungen der Administration am 10. Dez. 1848 zu Gunsten des Kandidaten zur Präsidentschaft reduzirten, der damals die Staatsgewalt bekleidete. Mit dem allgemeinen Stimmrecht ist nur ein Einfluß vereinbar; dieser aber ist so mächtig, so unendlich, daß keine menschliche Hand ihn von der Strömung ablenken kann, die ihn mit sich fortreißt; diese ist die öffentliche Meinung, dieses unmerkliche, unbestimmbare Gefühl, welches die Regierungen, ohne daß sie sich davon Rechenschaft geben könnten; begleitet oder im Stiche läßt, und selten mit Unrecht; jenes Bewußtsein, dem nichts gleich-

gültig ist und nichts entgeht, das alle Thaten abschätzt, alle Tendenzen erräth, das nichts vergißt, das nichts verzeiht, weil es nur eine Triebfeder kennt, das egoistische Interesse eines jeden Einzelnen! Diese öffentliche Meinung empfindet Alles, von der großen vom Staatsoberhaupt ausgehenden Politik an bis zu den kleinsten Funktionen der Lokalverwaltung; und die öffentliche Meinung in einem Departement hängt mehr als man glaubt, von dem Geiste und dem Benehmen der Administration ab. Seit lange schon waren die Lokaladministratoren dem parlamentarischen Einfluß untergeordnet; diesem lag weit mehr daran, einem einflußreichen Manne in Paris zu gefallen, als die legitimen Interessen der Gemeinden und Bevölkerung zufriedenzustellen; zum Glück ist diese Zeit dahin. Machen Sie allen Beamten wohl begreiflich, wie sorgfältig sie das Interesse Aller zu überwachen haben, und daß der Niedrigste und Schwächste mit der meisten Zuvoorkommenheit und Güte behandelt zu werden verdient. Die beste Politik ist die, Wohlwollen gegen die Personen und Nachgiebigkeit gegen Interessen zu üben; die Bürokratie glaube nicht, sie wäre dazu da, nur Einwürfe zu machen oder durch Hindernisse und Langsamkeit Zögerungen herbeizuführen, während sie nur dazu berufen ist, die Geschäfte abzufertigen und zu regeln. Wenn ich hier auf solche Einzelheiten so großes Gewicht lege, so geschieht es, weil ich in der Lage war, zu bemerken, wie sehr untergeordnete Beamte ihre Wichtigkeit durch Schwierigkeiten und durch Verwirrungen zu erhöhen glauben. Sie wissen nicht, wie viel Bemühungen und Unpopularität sie dadurch der Centralregierung zuführen. Dieser Geist der Verwaltung muß unbedingt verändert werden. Dies hängt von Ihnen ab, betreten Sie fest diesen Weg! Seien Sie überzeugt, daß das Volk alsdann, statt in der Regierung und Lokalverwaltung Feinde zu erblicken, in denselben bloß Sitze und Hülfen erblicken wird. Und wenn Sie dann im Namen dieser loyalen und väterlichen Regierung den Wählern einen Kandidaten empfehlen werden, so werden sie Ihre Stimme und Ihren Rath hören und befolgen. Alle ehemaligen Anklagen der Oppositionen werden vor dieser neuen und einfachen Politik fallen, und man wird in Frankreich anfangen einzusehen, daß Ordnung, Arbeit, Sicherheit sich in einem Lande dauerhaft begründen, wenn die Regierung angehört und geachtet wird. Genehmigen Sie Herr Präsekt. — Der Minister des Innern: de Morny.“

Belgien.

Brüssel, 21. Jan. [Französische Flüchtlinge. — Vermischtes.] Der französische Exrepräsentant Mathieu de la Drome wohnt noch zu Ostende. Einem flandrischen Blatte zufolge wäre Carnot durch die Gendarmen nach der Gränze geführt worden. Der französische Bildhauer David d'Angers, der ebenfalls verbannt ist, wohnt zu Brügge. Der Exrepräsentant Renaud ist hier eingetroffen. — Gestern wurde vor der zweiten Kammer des Civiltribunals der definitive Verkauf der Güter des Grafen Hompesch ausgesprochen.

Einige Reformen in der Verwaltung der Staatseisenbahnen stehen bevor, die vornehmlich die Beförderung kleiner Colli's und die Deklarationen bei den Douanen betreffen, und geeignet sein mögen, dem Staatsschatz eine Vermehrung der Einnahme zu Wege zu bringen.

Es heißt, die Nationalbank hätte mit dem Hause Rothschild zu Paris das Anleihen für unsern Schatz abgeschlossen.

Großbritannien.

London, 20. Januar. [Ministerrath. — Vermischtes.] Heute Mittag um 12 Uhr war Ministerrath im Foreign office; 11 Mitglieder des Cabinets waren zugegen.

Lord J. Russell fuhr nach dem Conseil wieder zur Königin nach Windsor.

Die Herzogin von Kent leidet seit einiger Zeit am Rheuma und nimmt deshalb an den Soireen in Windsor nicht Theil.

Die Untersuchung der „präparirten Lebensmittel“ in Portsmouth wurde gestern wieder aufgenommen, und von 330 Zinnbüchsen mußten wieder 263 ins Meer geworfen werden. Es bleiben für morgen noch 260 zu eröffnen übrig. Der Hauptkontrahent und Agent des Galager Etablissements hat sich, dem Anscheine nach, aus dem Staube gemacht.

Die kürzlich erfolgte Ausweisung mehrerer englischer Bibelmissionäre aus Oesterreich giebt der englischen Provinzialpresse zu unliebamen Meditationen Veranlassung. Das ist die Folge von Palmerston's Austritt! — sagen die Einen, während die Anderen naiv genug klagen: Hätte man doch denken sollen, Oesterreich werde jetzt gegen uns rücksichtsvoller sein, nachdem der böse Geist Mylorbs ausgetrieben wurde! —

Amerika.

Washington, 5. Januar. [Kossuth] ist hier am 30. Dezember angekommen, und hiegt in Brown's Hotel ab, da weder vom Comitee des Senats noch von den Stadtbehörden eine Wohnung für ihn besorgt worden war. Er occupirt mit seiner Suite in dem genannten Hotel 14 Stuben, und eine Art Schildwache geht gemessenen Schrittes vor der Thüre seines Gemaches auf und ab. Dieser Ehrenposten sieht sich nicht sehr demokratisch an, aber er wurde auch mehr der persönlichen Sicherheit als zu Ehren Kossuths aufgestellt, da man seit einiger Zeit das abgeschmackte Gerücht verbreitet hatte, es seien österreichische Agenten in der Stadt, die Kossuth nach dem Leben trachten. Im Ganzen giebt es aber hier nur sehr wenig Demonstrationen zu seinen Gunsten. Washington ist durch die Anwesenheit der haute Politique längst als die nüchternste Stadt der Union bekannt. Heute um 1 Uhr Mittag fand endlich die vielbesprochene Vorstellung Kossuths im Senate statt. Er wurde durch die Herren Cass, Seward's und Shields eingeführt, und stützte sich auf den Arm des Letzteren, der ihn mit den Worten vorstellte: „Herr Präsident, wir haben die Ehre, Louis Kossuth dem Senate der Vereinigten Staaten anzukündigen“. Der Vorsitzende lud hierauf Kossuth ein, auf einem Stuhle vor dem Pulte der Sekretäre Platz zu nehmen. Die Senatoren erhoben sich sämmtlich von ihren Sigen, bis Kossuth den ihm angebotenen Sitz eingenommen hatte. Mr. Mangum beantragte, die Versammlung wolle sich vertagen, um den Senatoren Gelegenheit zu bieten, ihrem Gaste persönlich ihre Achtung zu bezeigen. Der Antrag wurde angenommen, und viele der Senatoren ließen sich durch die Herren Seward und Schild dem Ergouverneur vorstellen. So wurde von vorne herein ihm die Möglichkeit benommen, im Senate eine Rede zu halten, ein Beschluß des Comite's, von dem er früher in Kenntniß gesetzt worden war.

Diese Ceremonie, so ehrenvoll sie an und für sich ist, mag Kossuth gezeitigt haben, was er hier zu erwarten hat. Es werden ihm von der Exekutive, vom gesetzgebenden Körper und von der Bürgerschaft viel achtungsvolle Aufmerksamkeiten erwiesen, aber er mußte ein schlechter Menschenkenner sein, wenn er nicht in den ersten Tagen herausgefunden hätte, daß er mit seiner Nichtinterventionstheorie hier noch viel weniger Pro-

paganda machen wird als selbst in England. Was Kaltblütigkeit betrifft, thut's der amerikanische Politiker vielleicht allen Diplomaten der alten Welt zuvor, und zwischen dem Enthusiasmus in New-York und der staatsmännischen, berechnenden Höflichkeit in Washington liegt eine Kluft, deren ganze Tiefe Kossuth gewiß mit bitterer Täuschung jetzt erst ermessen kann.

Am Tage nach seiner Ankunft war Kossuth dem Präsidenten durch Senator Seward vorgestellt worden. Auf seine Aureda, worin er den Dank und die Hoffnung Ungarns den vereinigten Staaten gegenüber aussprach, antwortete der Präsident: „Ich fühle mich glücklich, Gouverneur Kossuth, Sie in diesem Lande der Freiheit willkommen zu heißen, und es freut mich, Ihnen zu Ihrer Befreiung aus einer langen Gefangenschaft und zu Ihrer Ankunft hier Glück wünschen zu können. Persönlich habe ich für ihren tapfern Kampf um die Unabhängigkeit und die Freiheit Ihres Geburtslandes sehr lebhaftes Sympathien gefühlt. Das amerikanische Volk kann einem solchen Kampfe nie gleichgültig zusehen, aber unsere nationale Politik war in dieser Beziehung von Anfang an immer dieselbe, und meine eigenen Ansichten, als die des obersten Beamten der Exekutive dieser Nation, sind offen und vollständig in meiner letzten Botschaft an den Kongress, auf die Sie anzuspielen beliebten, ausgesprochen. Sie sind dieselben den Völkern Europa's wie dem Kongresse gegenüber. Sollte Ihnen damit wieder die Freiheit und Selbstständigkeit zurückgegeben werden, dann wünsche ich Ihnen, als größte Segnung, die Ihnen zu Theil werden kann, daß auch Sie Ihrem Vaterlande wieder zurückgegeben werden mögen; aber sollte dies nie wieder der Fall sein, dann kann ich Ihnen und Ihren Gefährten nur wiederholt meinen Willkommengruß in diesem Lande bieten, und beten, daß Gottes Segen mit Ihnen sei, wohin immer Ihr Erdenloos Sie führen mag.“

Am Abend desselben Tages brachten die Deutschen in Washington Kossuth einen solennen Fackelzug, wofür er in einer längeren Rede dankte.

Seine Unterredung mit dem Staats-Sekretär d. J. war nicht ermutigender für ihn als die besprochene Zusammenkunft mit dem Präsidenten. Der Sekretär lehnte jedes Gespräch über die „Nichtinterventionsfrage“ als nicht in sein Fach gehörend ab, oder verwahrte sich doch, in diesem Punkte eine Meinung aussprechen zu können. Kossuth erwiderte hierauf: es sei ihm durch die Opposition, welcher er im Schooße des Senats und der Exekutive begegnet, klar geworden, daß seine Mission in Amerika vollkommen fehlgeschlagen sei. Die Aufnahme, die er in Washington gefunden, habe ihn sehr enttäuscht; das habe er nicht erwartet. Dann fragte er nur noch, ob er der ungarischen Emigration gegen Ratenzahlung, wohl einen Strich Landes, wo sie eine geschlossene Kolonie gründen könnte, anweisen würde. In diesem Punkte äußerte sich Mr. Stuart mehr als zuvorkommend.

Trotz aller dieser abkühlenden Vorgänge in Washington dürfte der Enthusiasmus, den Kossuth in andern Theilen des Landes erregt hat, und vielleicht noch erregen wird, dann die täglich wachsende Lust eines großen Theils der amerikanischen Bevölkerung, ihre Stimme in der europäischen Völkerpolitik geltend zu machen, endlich der Ergeiz einzelner Parteien und Präsidentschaftskandidaten (wie Cas) die „Nichtinterventionspolitik“ des berühmten Magyaren als Agitationsmittel benutzen, ohne daß jedoch — unserer Ansicht nach — daraus ernstere Folgen zwischen den Beziehungen Alt-Europa's und Jung-Amerika's zu besorgen wären.

Der Sekretär des Staatsschatzes (Finanzminister) hat seinen Jahresausweis veröffentlicht. Aus dem Auszuge, den nun die neuesten amerikanischen Blätter in Kürze geben, scheint es, daß die Revenüen des Jahres 1851 in runder Summe sich auf 58,000,000 Doll., die Ausgaben auf 48,000,000 Doll. belaufen, somit ein Ueberschuß von 10,000,000 Doll. erzielt wurde.

Lola Montez lockt ein großes Publikum nach dem Broadway-Theater.

Jenny Lind war entschlossen, mit dem „Atlantis“ der am 4. Febr. in Liverpool erwartet wird, ihre Reise nach Europa anzutreten.

Provinzial-Beitrag.

*** Breslau, 22. Januar. [Die Verlegung der konstitutionellen Ressource.] Die heutigen Zeitungen erwähnen am Schlusse ihres Referates über die letzte Versammlung der konstitutionellen Ressource, daß dem Komitee für die Weihnachtsbescheerung von Seiten der Versammlung ein Dank für die vielfach gehaltenen Bemühungen und zweckmäßigen Arrangements ausgesprochen worden. Während nun auf diese Art Geber und Ordner bei jener Weihnachtsbescheerung in allen Blättern das gebührende Lob erhalten, ist ein Mann, der das Seine bei dieser Sache auf das redlichste und bereitwilligste gethan, mit Stillschweigen übergangen worden. Wir meinen den Cafetier Herrn Springer. Dieser hat nicht nur das Lokal, sondern auch die Bedienung, Beheizung und Beleuchtung, und zwar von 4 Uhr Mittags bis morgens 2 Uhr, sämtliches Geschirre und überdies noch den Sahn und mehr als 300 Portionen Kaffee unentgeltlich gegeben. Er hat auf seine Kosten unentgeltlich den Saal von der Unmasse darin befindlicher Möbeln räumen und diese dann wieder einräumen lassen, und selbst nicht nur mit seinem Dienstpersonal, sondern auch mit Lohnarbeitern zwei Nächte durch arbeiten müssen. Die eigenen Kosten, welche Herr Springer baar gehabt, betragen daher mehr, als das Doppelte des höchsten Sages, welchen andere Mitglieder beigetragen haben. Wir halten es für unsere Pflicht, dies hier öffentlich zu erwähnen, und um so mehr, da dieser freundliche und zuvorkommende Wirth der Gesellschaft gegenüber wohl mit großen Opfern stets Alles thut, was nur irgend zur Unnehmlichkeit der letztern gereichen könne.

Wir können hierbei nicht umhin, auf einen Gegenstand überzugehen, welcher die Interessen der Ressource-Gesellschaft im hohen Grade berührt. Es ist dies die von gewisser Seite intendirte Verlegung der Ressource in ein anderes Lokal. So viel bekannt, hat sich bisher aus der Gesellschaft noch keine begründete Stimme der Unzufriedenheit gegen Herrn Springer hören lassen, noch weniger aber sind bei dem Vorstände, mit Ausnahme ein und derselben sich wiederholenden Frage eines Einzelnen, Anträge auf Gewinnung eines andern Lokals seitens der Gesellschaft zugegangen. Es ist vielmehr stets, und man kann wohl sagen, einstimmig anerkannt worden, daß der Springer'sche Garten das geeignetste und gelegenste Lokal namentlich für die Sommer-Konzerte darbiete. Und so ist es auch wirklich! Zudem aber hat man anerkannt, daß Herr Springer Alles das im Interesse der Gesellschaft geleistet, was nur irgend verlangt werden konnte. Abgesehen von Allem Andern hat er im Vertrauen darauf, daß die Gesellschaft bei ihm verbleiben werde, wie ihm verheißen, sofort nach de-

ren Konstituierung den neuen Saal erbaut, und die vortreffliche Kapelle begründet, zwei Gegenstände, welche nur mit den größten Opfern zu ermöglichen waren. Jetzt Herr Springer im Stiche lassen; die Gesellschaft von ihm abzuziehen zu wollen, hieße nach unserer Ansicht, die Pflichten der Dankbarkeit und Billigkeit in einer schneidenden Art verletzen. Wir halten es für eine Gewissenssache, das Vertrauen eines Mannes nicht zu täuschen, welcher im Glauben an die Festigkeit gegebener Zusicherungen sein ganzes Vermögen daran wendete, um der Gesellschaft den Aufenthalt in seinem Lokal angenehm und genussreich zu machen.

Abgesehen davon, daß ein besser gelegenes ausreichendes Lokal, namentlich für den Sommer, nicht gefunden werden kann, müssen wir auch behaupten, daß die Verlegung, wie sie projektirt worden, den übrigen Interessen der Gesellschaft im höchsten Grade gefährlich werden müßte. Unfehlbar würde dadurch die Eintracht in der Gesellschaft, welche ihre Grundbedingung bildet, gestört und die Spaltung — die schon jetzt leider nicht abzuleugnen ist — vergrößert und zuletzt zu einer gänzlichen Trennung der Gesellschaft erweitert werden. Wir fühlen uns verpflichtet, dies öffentlich auszusprechen, und dem Vorstände es als eine bringende Pflicht ans Herz zu legen, doch ja reichlich den beabsichtigten Schritt zu überlegen, bevor das geschieht, was einmal geschehen, vielleicht zu spät bereut werden möchte!

§ Breslau, 23. Januar. [Das Stiftungsfest des kaufmännischen Vereins] wurde gestern Abend im Hotel „zur goldenen Gans“ beim frühlichen Mahle feierlich begangen. Zu den Gästen, welche eingeladen und erschienen waren, gehörte der Vorsteher des priv. Handlungsbüro's, das Lehrpersonal an derselben Anstalt und eine Anzahl bekannter Freunde des Kaufmannstandes. Der neuerdings gewählte Präsident, Hr. Kaufmann Keder, hieß dieselben willkommen und knüpfte hieran den Wunsch, daß die Bestrebungen des Vereins fernerhin einen erfreulicheren Fortgang nehmen möchten. Wenn Alle die bei der Gründung abgegebenen Versprechungen gehalten würden, ließe sich das gemeinliche Ziel, Verkömmerung sämtlicher Kaufleute, bald und sicher erreichen. Man habe nun die Feier des Stiftungsfestes beschlossen, um den alten Eifer wieder rege zu machen. Der Erfolg werde hoffentlich nicht ausbleiben.

Unterm Schall einer heiteren Tischmusik, die von der Jakobischen Kapelle trefflich ausgeführt wurde, begann das Festmahl. Nachdem die ersten Gänge vorüber waren, und der Wein bereits seine elektrische Wirkung ausübte, erhielt die Gesellschaft ein „dem kaufmännischen Verein“ an seinem Stiftungsfeste gewidmetes Lied von Hr. Julius Neugebauer. Voll Begeisterung stimmte die Versammlung dieses schöne Lied an, und brachte am Schlusse Hr. Neugebauer ein donnerndes Hoch, welches er dankbar erwiderte.

Das zweite Festlied, von Hr. Karl Straka, erregte allgemeine Sensation, wegen der Schärfe, mit der es die seitherige Thätigkeit des Vereines schildert.

Im Anschluß an dasselbe brachte Hr. Dr. Lagmann einen Trinkspruch auf das Blühen und Gedeihen des Handelsstandes aus, worauf Hr. Kaufmann Wörthmann „die lieben Gäste“ herzlich begrüßte und die Versammlung aufforderte, ihnen ein Hoch auszubringen. Später beantragte Hr. Kaufm. Lode ein gleiches für den Lichte des zweiten Festliedes.

Bald folgte ein drittes Lied, dessen Verfasser sich jedoch nicht genannt. Es wurde wie die früheren, im Chor gesungen und fand allgemeinen Anklang.

Jetzt erhob sich eine wahre Fluth sinnvoller Reden und Toaste, welche von gediegenem Witze und humoristischen Anspielungen sprudelten. Hr. Landeck ging auf die Stifter des Vereines zurück, deren löblicher Zweck von der im Vereine vertretenen Intelligenz wacker verfolgt werde. Hr. Neugebauer antwortete ihm mit einem Hoch auf den in der Bildung begriffenen Verein der vereideten Mäkler.

Hierauf nahm Hr. Fäger, einer der Lehrer am Handlungsbüro's-Institut, das Wort, um dem Vorstände des Vereines in seinem und seiner Mitarbeiter Namen für die ihnen erwiesene Ehre zu danken. Er fügte hinzu, es möchte sich der Wunsch realisiren, daß die unter der Beihilfe des Vereines begründeten Unterrichtsstunden für die bebrühten geistlichen Früchte tragen. Man möge den guten Willen für die That nehmen, wenn dieses schöne Ziel nicht immer erreichbar sei. Zum Gelingen eines solchen Werkes bedürfte es der vereinten Kräfte, die sich hier gewiß zusammengefunden. Bisher seien die Lehrer namentlich durch den Vorstand und die Schulkommission des kaufmännischen Vereines wacker unferstügt worden. Der Redner schloß mit einem Hoch auf die geehrten Mitglieder beider Institute.

Hr. Wörthmann trank auf das Wohl der Lehrer an den Realschulen, welche die Jugend für den Handels- und Gewerbebestand vorzubilden, Hr. Grund auf das der Stubengelehrten, die für die Welt arbeiten.

Endlosen Jubel veranlaßte das vierte Festlied, das Hr. Kaufm. Sonnenberg zum Besten gab. Unter dem Titel: „das Pfefferlied zum 22. Januar“, lieferte es ein eben so drolliges, als wahres Bild des Breslauer Handelsverkehrs. Auf Wunsch des Verfassers sang Hr. Oberlehrer Waage das Lied, und die Versammlung fiel in den Refrain ein. Es wurde stürmisch da capo gerufen, worauf Hr. Sonnenberg gemeinschaftlich mit Hr. Waage einige Strophen wiederholte. Natürlich wurden sowohl dem Sänger als dem Dichter die lebhaftesten Beifallsbezeugungen zu Theil. Hr. Grund erinnerte bei dieser Gelegenheit an die franz. Deputirten, welche jetzt nach dem Pseferlande (Sayenne) geschickt würden und ließ dieselben hoch leben. — Ein Hoch auf das Handlungsbüro's-Institut und dessen Vorstand wurde von dem Mitgliede desselben, Herrn Buchhalter Lips erwidert.

Die Gesellschaft war auf dem Gipfel ihres guten Humors angelangt. Man trank auf das Wohl des ersten Vereinspräsidenten Hr. Grund, sowie der späteren Lode, Hammer und Keder. Hr. Grund empfahl der Versammlung den Wahlspruch: „Einigkeit macht stark.“ Hr. Hammer beschrieb in launiger Weise, wie der Bau des kaufmännischen Vereines von Grund auf Keder gekommen und nun mit erhöhter Schnellkraft vorwärts schreiten könne. Herr Lode, der heiser war, ließ seinen Nachbar für sich sprechen, welcher bemerkte, wie der Verein durch die thätige Mitwirkung des Hrn. Sturm mit Sturmeschritten seine Zwecke verfolgen könne, zumal er heute auf einem Höhepunkte angelangt, von dem er zurückerblicken in die Vergangenheit und Zukunft schauen dürfe. Er stieß auf das Wohl des Protokollführers Hr. Sturm an. Ein Anderer gedachte der Verdienste des früheren Schriftführers Hr. Strobach.

Schließlich wurde von Hr. Fäger hervorgehoben, wie das gesprochene Wort verhalte, wenn es das Gescriebene nicht in die weiteste Ferne hinaustrage. Sein Hoch galt den Redaktionen der „Schlesischen“ und der „Breslauer Zeitung“, die durch regelmäßige Berichte über die gesammte Thätigkeit des Vereines die Interessen desselben bestens gefördert. So verließ das Fest unter Sang und Klang bis nach Mitternacht, und die Gesellschaft trennte sich in dem frohen Bewußtsein, sich für künftige Arbeiten neu gestärkt zu haben.

Breslau, 22. Januar. [Die Alt-Lutheraner] der Provinz haben an die Stelle ihres vielbeklagten hieselbst verstorbenen kirchlichen Oberhauptes, Wedemann, ihren neuen Kirchenrath, und insonderheit die unserer Stadt, ihren neuen Pastor aus dem, man möchte fast sagen, Paradiese des Alt-Lutherthums, aus Pommern, geholt. Am 20ten d. M. traf der bisherige Superintendent Nagel aus der Gegend von Greiffenberg an der Rega hieselbst, Neuegasse Nr. 19, ein, um das bezeichnete Doppelamt anzutreten. Denjenigen, welche in Theilnahme, Segnerschaft oder Neugier für die Sache irgendwie sich interessiren, ist in diesen Blättern die Anzeige, daß Einföhrung und Antrittspredigt nächsten Sonntag den 25ten d. M., in der Kirche auf der Katharinenstraße erfolgen werden, vielleicht um so willkommener, je beharrlicher und abgeschlossener das „kirchliche Wochenblatt für die evangelischen Gemeinden Breslaus“ über den Gottesdienst der fraglichen Partei zu schweigen pflegt. E. a. w. P.

K. Schweidnitz, 22. Jan. [Schwurgericht. — Theater.] Unter den Kriminal-Fällen, welche vor den Schranken der am 19. d. M. hieselbst begonnenen Schwurgerichts-Sitzung ihre Erledigung bis jetzt gefunden, ist besonders folgender psy-

hologisch merkwürdig: der Bruder stiehlt der Schwester 15 Sgr., diese, die bestohlene Schwester, tritt als Denunziantin auf, der Vater als Belastungs-Zeuge. Thäter wurde, insofern es leider schon der dritte Diebstahl war, den er begangen, zu 1 1/2 Jahr Zuchthaus verurtheilt. — Nächsten Sonnabend stehen 2 Personen wegen Majestäts-Beleidigung vor dem Schwurgericht. Zur Zeit werden wir über den Ausgaug dieses Prozesses berichten. —

Schon einmal ist in diesen Blättern der gediegenen Leistungen Erwähnung geschehen, durch welche uns die Gesellschaft des konzessionirten Theaterunternehmers Conradi allabendlich auf hiesiger Bühne erfreut, aber gleichwohl müssen wir noch einmal auf dieselben zurückkommen, — denn dem Verdienste seine Krone — Conradi hat den üblichen Ruf: in Schweidnitz wohne kein Kunstfremd, Lügen gestraft; gedrängt voll ist jeden Abend das Theater, wozu nicht nur die zweckmäßige Wahl neuer Stücke, sondern vornehmlich das präcise Zusammenspiel aller Mitglieder der Gesellschaft beiträgt. Wie wir hören, begiebt er sich von hier nach Hirschberg; nun, wir können den Hirschbergern nur gratuliren, sie haben sich auf wirklich genussreiche Abende zu freuen.

* **Wolkwitz**, 22. Januar. [Goldenes Ehejubiläum.] Am 19. d. M. beging der hiesige Bürger und Holzwaaren-Händler Joseph Effenberger, 87 Jahr alt, mit seiner Ehefrau Elisabeth, 83 Jahre alt, diese für unsern Ort so seltene Feier. Von Seiten des Magistrats und der Stadtverordneten waren dem Jubelpaare 15 Rthlr. als Geschenk, und dann ein Festmahl veranstaltet worden, wobei dem Jubelpaare und dessen Anverwandten freie Kowerts gegeben wurden. Es ist wiederum ein schöner edler Zug unserer wohlwollenden Behörden, wie sie auch ein armes, schlichtes, dabei aber braves und rechtliches, in Fleiß und Mühe alt gewordenes Ehepaar auf solche Weise am späten Abende des Lebens erfreuten.

Sprechsaal.

M. Breslau, 23. Jan. [Die Lebensmittel-Frage] wird immer drängender, sie tritt von Tage zu Tage mehr in den Vordergrund. Wenn auch in dem Geräusch der Hauptstadt der stille Seufzer, die bittere Zähre des verschämten Armen unbemerkt bleibt und die glänzenden Festlichkeiten des beginnenden Karnevals die Dürftigkeit und Noth mit einem schimmernden Firniß überdecken, so sind sie doch da, wenn sie auch nicht mit dem Schrei der Verzweiflung die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenken. Die Preise der Lebensmittel steigen, das Brot wird immer theurer, der spärliche Verdienst des Arbeiters wird fast allein durch den Ankauf dieses einzigen unentbehrlichen Gegenstandes verschlungen.

Man trete nur einmal in die Kreise des kleinen Bürgers, des armen Handwerkers und des Tagelöhners, man gehe in mehrere Distrikte unsern gesegneten Schlesiens und man wird häufig auf Kummerseenen stoßen, die unwillkürlich dem Auge Thränen entlocken. Man lese z. B., um nur Etwas anzuführen, die heutige Schlesiische Ztg., die aus zwei Orten eine ergreifende Schilderung des herrschenden Nothstandes bringt. So berichtet ein Korrespondent derselben aus Striegau: „An einer Semmel, an einem Brot, wie wir deren heut schon in Striegau haben, ist keine rosigte Zukunft zu prophezeien. Ist der Magen der Angelpunkt des ganzen Lebens, und konzentriren sich auf diesem eigentlichen Punkte alle Sinne, so ist es gefährlich, mit ihm sich in Streit einzulassen. Mögen das die Getreidewucherer in Zeiten bedenken! Wenn ich das Leben schildern sollte bei unserm Mittelstande, so könnte ich es nur ein langsames Verhungern nennen; traurig sieht Jeder dem Morgen entgegen, und weiß nicht, woher das Nöthigste nehmen.“ u. s. w. Ferner schreibt ein Korrespondent desselben Blattes aus Lähn: „Zu der steigenden Nahrungslosigkeit gesellt sich neuerdings die steigende Theuerung des ersten Lebensbedürfnisses. Sei diese in der Karglichkeit der Ernte, sei sie im Wucher der Habsucht gegründet; sie meldet sich an, sie bricht herein und verbreitet in ihren unabsehblichen Folgen ein furchtbares Wehe“ u. s. w. u. s. w. — Dieselbe Klage vernimmt man auch aus dem Großherzogthum Posen. So schreibt man der „Posener Ztg.“ aus dem Gnesenschen, daß die Getreidepreise mit jedem Tage steigen, ohneachtet ziemliche Vorräthe auf den Markt kommen. Niemand wisse sich diese wunderbare Erscheinung zu erklären. Ferner schreibt man demselben Blatte aus Neustadt, bei Pinne, unterm 17. Januar Folgendes: „Wer das Treiben heute in unserer Stadt beobachtet, muß erstaunen und sehen, wie sehr die Theuerung in diesem Jahre um sich zu greifen droht. Die Wiederkehr der Nothjahre 1846/47 ist im Voraus ersichtlich; die Kaufleute unter sich übersteigern die Getreidepreise; in der eine Weise von hier gelegenen Stadt Pinne waren heute von allen Gegenden Käufer, und Niemand will verkaufen, da Jeder der Meinung ist, es muß noch theurer werden.“

Referent hat in mehreren Artikeln dargethan, daß die hohen Getreide-Preise keinesweges durch einen wirklichen Getreidemangel, sondern durch ein höchst verwerfliches Börsen-Hazard-Spiel an den großen Getreide-Börsen zu Stettin und Berlin hervorgerufen, daß sie keine durch die Nothwendigkeit erzeugte, sondern nur künstlich gemachte seien.

Mehre Stimmen von Sachverständigen, die sich in dieser Zeitung haben vernahmen lassen, stimmten dieser Ansicht durchaus bei.

Selbst differirende Stimmen haben dieser Ansicht nicht zu widersprechen gewagt, sie haben nur das Ungenügende anderer in Vorschlag gebrachter Maßregeln, wie Verbot der Ausfuhr und Prämiiirung der Einfuhr, darzuthun versucht.

Referent hat bei den eifrigsten Nachforschungen und Anfragen von allen Seiten die Bestätigung seiner Ansicht erhalten, so daß sie zur festesten Ueberzeugung geworden ist: die hohen Getreidepreise sind durch eine großartige Börsen-Spekulation à la hausse herbeigeführt worden.

Referent will keine in den Verkehr und den Markt-Betrieb tief einschneidende Maßregel, er will

kein Ausfuhr-Verbot; er erkennt eine Prämiiirung der Getreide-Einfuhr nicht für zweckmäßig und genügend an; er schlägt aber vor: —

und alle Gründe der Moral und der Menschlichkeit unterstützen ihn hierin und machen seinen Vorschlag zur unbedingten Nothwendigkeit —

daß ein Gesetz dem hazardirenden Differenzen-Spiel dadurch ein Ende mache, daß es feststelle, daß keine Klage auf Lieferungsscheine angenommen werde, in gleicher Weise, wie dies früher bei dem Eisenbahn-Aktien-Schwindel der Fall war.

Gesetz den Fall, es wäre keine Theuerung der Lebensmittel vorhanden, wir hätten die niedrigsten Getreidepreise, das wohlfeilste Brot, selbst in diesem Falle wäre dieser Vorschlag vollständig gerechtfertigt.

Die Differenzen-Spekulation ist ein reines Hazard-Spiel, kein Kaufmann, kein Börsenmann wird hierin zu widersprechen wagen. So lobenswerth es aber ist, daß eine weise Regierung alle Hazard-Spiele, jeden Wucher verbietet und bestraft, eben so konsequent ist es aber auch, daß dieses Börsen-Hazard-Spiel verboten wird, welches oft noch großartiger betrieben wird, als die Karten- und Würfelspiele in den Spiel-Spelunken.

Der Erlaß dieses Gesetzes ist also durch die Konsequenz, durch die moralische Nothwendigkeit geboten.

Diese Nothwendigkeit aber wird durch einen anderen Umstand noch unendlich gesteigert, ja zur gebieterischen Pflicht.

Durch die gewöhnlichen Hazard-Spiele können nur diejenigen in ihren Vermögens-Verhältnissen zerrüttet und moralisch verderbt werden, welche sich freiwillig in diese Gefahr begeben,

durch jenes Börsen-Hazard-Spiel aber werden Tausende und abermals Tausende Unschuldiger in Noth versetzt; über ein ganzes Land wird gleichsam eine Hungersnoth verhängt.

Dies kann und darf unter allen Umständen nicht stattfinden.

Gesetz den Fall, Referent, und mit ihm hundert Sachverständige, hätte sich geirrt, die hohen Getreidepreise wären nicht durch jenes Börsen-Spiel hervorgerufen worden, was hätte dann die hohe Landesregierung durch den Erlaß des beantragten Gesetzes für einen Fehlgriß gethan? — Keinen. Sie wäre derselben moralischen Nöthigung gefolgt, welche das Verbot der gewöhnlichen Hazard-Spiele, die Bestrafung des Wuchers und das Inhibiren des Eisenbahn-Aktien-Schwindels hervorrief.

Noch mehr, sie hätte eine Maßregel angeordnet, welche nach der Ansicht aller unparteiischen Sachverständigen, wohl ein Fallen der Getreidepreise hätte herbeiführen können.

Wie entsetzlich aber wäre es, wenn wirklich kein Getreide-Mangel vorhanden ist, oder wenigstens nicht in der Art, daß die gegenwärtigen außergewöhnlich hohen Preise gerechtfertigt sind, wenn allein durch jenes Börsen-Hazard-Spiel Tausende und abermals Tausende gezwungen worden wären, einen ganzen langen Winter hindurch mit Hunger und Noth zu kämpfen!

Es wäre entsetzlich, wenn die großen Summen, welche eine väterliche fürsorgende Landesregierung und die Humanität ganzer Korporationen den hungernden Arbeitern in Oberschlesien und den Gebirgskreisen zur Unterstützung gewähren, dazu dienen müßten, die Beutel jener stettiner und berliner Börsen-Spekulanten zu füllen.

Und es ist so! — Referent wiederholt, wie Cato, sein ceterum censeo, die zur festen Ueberzeugung gewordene Ansicht: die hohen Getreidepreise sind durch Börsen-Manöver künstlich gemachte.

Der nächste Frühjahrs-Stichtag (s. Nr. 18 der Bresl. Z.) wird den schlagenden Beweis dazu liefern; unmittelbar nach demselben werden die Preise — dies ist mit Sicherheit anzunehmen — bedeutend heruntergehen.

Nur die Humanität einer hohen Landesregierung kann diese erfreuliche Erscheinung durch den Erlaß jenes beantragten Gesetzes um 2 bis 3 Monate früher herbeiführen. — Sobald das Gesetz erschienen, welches dem Differenzen-Hazard-Spiele ein Ende macht, werden die Getreidepreise unsehbar bedeutend fallen.

Sollte das höchst Unwahrscheinliche sich aber ereignen, sollten dennoch die hohen Preise sich behaupten und vielleicht sich noch steigern, dann muß man annehmen, daß wirklicher Mangel vorhanden ist. Die hohe Landesregierung aber hat gethan, was die moralische Nothwendigkeit erforderte, sie hat ein Hazard-Spiel aufgehoben, welches weder bei Getreide-Ueberfluß, noch bei Getreide-Mangel, welches zu keiner Zeit geduldet werden darf, denn es spielen jene Börsen-Spieler nicht allein mit ihrem Gelde, noch mehr,

sie spielen mit dem nothwendigsten Lebensbedarf von tausend und aber tausend Familien.

Wir haben zu Anfang des Jahres 1848 ein ähnliches Börsenspiel mit den Getreidepreisen erlebt. — Vorangegangen war das furchtbare Hungerjahr 1847. Wenn man auch im J. 1847 eine reichliche Ernte gehabt, so konnte man dennoch einwenden, daß die Vorräthe durch die vorangegangene Noth überall so erschöpft seien, daß hohe Getreidepreise nicht befremden könnten. Das ließe sich allenfalls hören, und man wunderte sich nicht, wenn im Januar 1848 für den Scheffel Roggen 60 bis 63 Sgr. bezahlt wurden. Zu Breslau bezahlte man für den Scheffel Roggen am 3. Januar = 62 Sgr., am 6. Januar = 63 Sgr., am 10. Januar = 62 Sgr., am 18. Januar = 60 Sgr. u. s. w.

So ging dies fort mit einiger Baisse bis zum Frühjahrs-Stichtag, da fielen auf einmal die Preise fast um die Hälfte.

Man bezahlte zu Breslau für den Scheffel Roggen am 4. April = 36 Sgr., am 8. Mai = 37 1/2 Sgr., am 3. Juni = 37 Sgr. und am 24. Juni gar nur 29 Sgr.!!

Woher kommt diese Erscheinung? Hatten sich die Roggen-Vorräthe vom Januar bis zum Juni etwa verdoppelt, so daß die Preise über die Hälfte fallen mußten? — Im Gegentheil. — Die Vorräthe hatten sich vom Januar bis zum Ende Juni um so und so viel Millionen Scheffel verringert!! Und dennoch fielen die Getreide-Preise von 63 Sgr. bis auf 29 Sgr.!

Was hatte denn aber die Roggen-Preise im Januar zu jener unnatürlichen Höhe emporgeschraubt? — Getreidemangel? — Unmöglich, der hätte im Juni noch größer und demgemäß die Roggenpreise noch höher sein müssen!

Es war dasselbe Börsenspiel, welches jetzt uns gleiche Getreidepreise aufzwingt, und welches auch damals jenes verberbliche Spiel mit dem unentbehrlichsten Lebensmittel trieb. Mit dem Stichtage im Frühjahr hatte das Spiel sein Ende, die Geschäfte waren gemacht, der Beutel des Hausirers war gefüllt, nun konnten die Preise sinken und — sie fielen um mehr als die Hälfte.

Eben deshalb zeigen auch unsere wohlhabenden und reichen Landwirthe keine klare und richtige Einsicht in die Verhältnisse des Getreide-Verkehrs, wenn sie mit ihren Vorräthen vom Markte entfernt bleiben, in der Absicht, die höchsten Preise abzuwarten. Wenn werden diese höchsten Preise eintreten? Das weiß man nicht. Schreit die Regierung nicht auf die oben gewünschte Weise ein, dann werden sich die

Preise bis zum Stichtage halten oder sich noch steigern, dann aber dürften sie plötzlich und um Bedeutendes (vielleicht um 20 bis 30 Sgr. pro Scheffel) sinken, und der Gutsbesitzer noch froh sein, wenn er sein Getreide zu einem Preise los wird, der weit unter dem gegenwärtigen steht. Die Nutzenwendung mögen sich die Herren Landwirthe selbst hiervon machen. — Am weisesten werden diejenigen handeln, welche bei Zeiten loszuschlagen, jedes Warten dürfte sich mit ärgerlichen Verlusten bestrafen.

Man glaube nicht, daß Referent vielleicht aus Interesse die Herren Landwirthe zum Verkaufen bereben wolle, Ref. steht jedem Getreide-Geschäft sowie jedem Börsen-Verkehr gänzlich fern! — Er hat kein anderes Interesse bei dieser ganzen Angelegenheit, als das der innigsten Theilnahme an dem traurigen Schicksale von Tausenden seiner hungernden Mitmenschen!

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

○ **Breslau, 23. Januar.** [Theater.] Der gestrige Benefiz-Abend des Herrn und Frau Stob hat diesem geschätzten Künstler-Paar wirklich ein Benefizium zugewendet und also seinen Zweck erreicht.

Im Uebrigen war die Zusammenstellung der einzelnen Scenen eben nicht pikant und das unmotivirte Ueberspringen aus dem Tragischen in's Komische wirkte am Ende ziemlich ermüdend.

Ein solches Quodlibet, wenn es wirklich unterhaltend sein soll, muß in die Form der Parodie eingehen und nicht bloß durch den Kontrast wirken wollen. — Einzelne Nummern der bunt zusammengewürfelten Vorstellung amüsirten indeß hinreichend und entschädigten für Vieles, was mißlang oder nicht genügte.

Wir machen bei dieser Gelegenheit, welche den Kritiker weiter nicht herausfordert, im Gefühl unserer Referentspflicht, auf das zunächst bevorstehende Benefiz des Herrn Görner aufmerksam, welcher dasselbe benutzen wird, um dem Publikum einen ganz neuen Genuß zu bereiten und zwar durch Stellung lebender Bilder. — mit lebenden Handverzierungen.

Wir behalten uns eine nähere Mittheilung noch vor.

** **Breslau, 23. Jan.** [Vorlesungen im Café restaurant.] Der gestrige Vortrag Dr. Stein's behandelte die „Leibeigenschaft und die Vorläufer des Bauernkrieges.“ Von den beiden beherrschten und besitzlosen Klassen des Mittelalters, den Handwerkern und den Bauern, war es den ersteren nach einer Menge kleiner Kämpfe gelungen, sich Besitz und durch diesen auch Macht und Ansehen zu erwerben; anders war die Lage der Bewohner des platten Landes. Der Ursprung der Hörigkeit und Leibeigenschaft ist vorzugsweise in den Kämpfen und Fehden der einzelnen Stämme unter einander zu suchen; Adel, Geistlichkeit und Krone (die letztere durch den Heerbann) vermehrten die Zahl und erschwerten die Lage der Leibeigenen. Einzelne Beispiele veranschaulichten das Gesagte. Die Erleichterung der Leibeigenschaft zur Zeit der Kreuzzüge war vorübergehend. So hart auch die Leibeigenen behandelt wurden, war ihre Lage doch eine bessere, als die der Sklaven im Alterthum; das Christenthum hatte wenigstens einigen mildernden Einfluß. Die Bewegungen, welche dem großen Bauernkriege vorangingen, wurden ihren Hauptmomenten nach kurz geschildert, so die Jacquerie in Frankreich (1358), der organisirte Aufstand Wat Tyler's in England (1381), der Versuch einer Empörung in Franken (1476), der Bundschuh im Speyer'schen (1502), der arme Conrad im Württemberg'schen (1514). Alle diese Bewegungen hatten einen religiösen Anstrich; die Reformationsversuche auf dem religiösen Gebiete waren auf dieselben nicht ohne Einfluß; daher steht die Reformation selbst zwar in gewisser Beziehung zum Bauernkriege; fälschlich jedoch wird sie als Quelle desselben bezeichnet. Die Quelle aller derartigen Aufstände war eben die Leibeigenschaft und die Verweigerung jeder Reform. — Schließlich theilte der Vortragende mit, daß bei der fortdauernden Krankheit des Dr. Eisner die Herren Dir. Themme und Görner sich freundlichst erboten haben, einige Vorträge zu übernehmen, und zwar der erstere über Entwicklung des Kriminalprozesses in Deutschland und die Herenprozesse, der letztere über die Bildung der Erde. Auch werden einige Themata, über welche Dr. Eisner sprechen wollte, wahrscheinlich von einem Andern, der ebenfalls England genau kennen zu lernen Gelegenheit hatte, behandelt werden.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

○ **Breslau, 27. Januar.** [Zur allgemeinen schlesischen Industrie-Ausstellung] sind unter anderen wieder folgende Gegenstände angemeldet:

Die Hütten-Verwaltung der Baildonhütte bei Kattowitz: Walz-Eisen-Fabrikate.

Schwarz zu Breslau: ein Wild-Tableau (ausgestopfte Thiere).

Dr. Schwarz zu Breslau: 1) Nelsäure-Aether zum Brennen und Maschinenschmieren. 2) Durch Pikrie, Salpetersäure gefärbte Wollen- und Seidenstoffe.

Liqueurhandlung Wilhelm Thiem zu Breslau: mehrere Gegenstände ihrer Fabrik.

Die Riemer-Innung zu Breslau: die Betheiligung mehrerer Meister mit allen in dies Fach einschlagenden Gegenständen.

Prem.-Lieutn. v. Knobelsdorff zu Breslau: ein Flachs-Schwingrad eigener Konstruktion ohne, und eins mit Büsten.

Mechaniker Möffel u. Stariz zu Breslau: 1) größere und kleinere Krystallmodelle von Holz, 2) ein größeres und ein kleineres Mikroskop, 3) eine Bouffole, 4) ein Nivellir-Instrument.

Mechanikus Pinzger zu Breslau: 1) Reißzeuge verschiedener Größe, 2) ein Rheostat, (?) 3) ein Quecksilber-Niveau.

Schuhmacher Burghardt zu Breslau: einen Ständer mit seinen Fabrikaten.

Die Hütten-Direktion des Grafen Renard zu Gr. Strehlitz: Fabrikzeugnisse und andere Gegenstände.

Cigarren-Fabrik von Seeliger in Ratibor: 1000 Stück Cigarren eigener Fabrik von Havanna-Tabak in einem Glaskästchen;

400 Stück dergl. verschiedener Größe, in Thurmform (Rococco), in einem Glaskästchen.

Handschuhfabrikant Sudhoff zu Breslau: ein Sortiment seiner Fabrikate.

Heinrich Zeisig, Posamentirwaren-Fabrikant zu Breslau: Musterkarten und diverse fertige Waaren seiner Fabrik.

Berlin, 22. Januar. [Gewerberath. — Hansemannsche Diskontobank.] Wir haben früher berichtet, daß die Vorsteher der hiesigen kaufmännischen Korporation sich weigern, zur Erhaltung des Gewerberathes beizusteuern. Sie erkennen diesen nicht als den Vertreter des Handelsstandes an und haben in der Sache selbst nicht ganz Unrecht. Eine Beschwerde, die sie deshalb an das Handelsministerium gerichtet haben, soll indeß jetzt zurückgewiesen sein. In der Verfügung wird dem Vernehmen nach ausgesprochen, daß allerdings die kaufmännische Korporation die nächste Vertreterin ihrer Interessen sei, der Gewerberath aber habe außer seiner sonstigen Wirksamkeit auch die Aufgabe, diejenigen Interessen wahrzunehmen, welche für den Handelsstand aus dessen Beziehungen zu den übrigen Gewerbetreibenden, den Handwerkern und der Fabrikindustrie, hervorgehen. — Nach der von Herrn Hansemann so eben veröffentlichten Rechenschaft über das Wesen der von ihm gegründeten Diskontogesellschaft bezieht derselbe als statutenmäßiger „Geschäftsinhaber“ der Diskontobank bei einem Gesamtbetrage der Geschäftsanteile von 1 Million Thalern allein an Lantideme 1877 Thlr. 15 Sgr., ungerechnet seinen Antheil an den Dividenden als Geschäftstheilnehmer. Nach der Berechnung, die Herr Hansemann aufstellt, übersteigt der Gesamtbetrag der Geschäftsanteile bereits 1 Million. (C. B.)

Berlin, 22. Januar. (Patent.) Dem Optiker und Mechaniker August Dertling zu Berlin ist unter dem 20. Jan. 1852 ein Patent auf eine Reversions-Lupe in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, so weit dieselbe für neu und eigenthümlich erkannt ist, und ohne Femand in der Benutzung bekannter Theile zu hindern, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats erteilt worden.

Auf unseren Antrag ist den Neben-Zoll-Ämtern Patzkau und Ziegenhals versuchsweise die Befugniß beigelegt worden, im Transit-Verkehr nach Oesterreich ausgehende Fabrik-Materialien abzufertigen und die betreffenden Begleitscheine zu erledigen. Das hiesige königl. Hauptsteuer-Amt ist nunmehr zur Ausstellung dieser Begleitscheine auf die erwähnten Neben-Zoll-Ämter ermächtigt. Da die in Rede stehende Abfertigung auf diesen Ämtern nur unter Zuziehung des betreffenden Bezirks-Ober-Kontrollurs erfolgen darf, und hierdurch in einzelnen Fällen eine Verzögerung von 12—24 Stunden entstehen könnte, so sind die Fuhrleute darauf aufmerksam zu machen, daß ihnen möglicherweise ein solcher Aufenthalt bevorstehe.

Breslau, 23. Januar 1852.

Die Handelskammer.

† **Breslau, 23. Januar.** [Produktenmarkt.] Unser Markt war heute für Roggen sehr flau gestimmt, die Offerten waren beträchtlich, hingegen die Kauflust um so schwächer, die Preise drückten sich daher für leichte Sorten um 1—2 Sgr. Weizen blieb dagegen fest. Gerste und Hafer preishaltend, dagegen Erbsen mehr begehrt.

Heute bezahlte man weißen Weizen von 64 bis 75, gelben Weizen 63 bis 74, Roggen 62 bis 69, Gerste 40 bis 47, Hafer 27 bis 31½ und Erbsen 55 bis 63 Sgr.

Nelsaaten ohne Angebot, die Stimmung ist um etwas fester und es dürften wohl Inhaber bald damit zum Markte kommen.

Von Kleesaat waren heute gegen 200 Ztr. am Markte, dieselbe fand zu erhöhten Preisen willig Käufer, und es bedang rothe 10 bis 16½ Rthl., weiße 7 bis 13¼ Rthl. Der Begehr für rothe ist sehr gut und wir dürfen wohl damit noch ferner steigen.

Spiritus machte sich heute sehr matt, die Consumtion wird täglich kleiner, wer etwas braucht, kauft nur das Nöthigste, daher es wohl kommt, daß an manchem Tage fast gar nichts umgeht; heute waren kleine Partien à 13¼ Rthl. zu haben und größere wurden à 13¼ Rthl. erlassen. Auf Lieferung ist nichts gehandelt worden. Käufer mögen bei den hohen Forderungen nichts unternehmen.

Rüßel behauptet sich, da die auswärtigen Berichte günstiger lauten, auf 10 Rthl. wird fest gehalten.

Im Zink ruht das Geschäft ganz.

Wasserstand.

Am 23. Januar: 17 Fuß 11 Zoll. 8 Fuß — Zoll.

Berlin, 22. Januar. Weizen loco 64—70 Thlr. Roggen loco 62—65 Thlr. 84 Pfd. 20 Loth loco 82 Thlr. pr. 82 Pfd. schwimm. 85 Pfd. 61½ Thlr. pr. 82 Pfd. bez. Jan. 62¼ bez., Februar 62¼ bezahlt, Frühl. 65—64½ verk. 64½ Brief 64 Geld. Gerste, große 40—41, kleine 37—39 Thlr. Hafer loco 27—28 Thlr. pr. Frühl. 48 Pfd. 29 Br. 50 Pfd. 30 Brief. Erbsen 50—53 Thlr. Rapsaat, Winter 68—66, Winter-Rübsen 66—64 Thlr. Sommer-Rübsen 54—53 Thlr. Leinsaaf 57—55 Thlr. Rüßel loco pr. Jan. do., Jan.-Febr. 10¼ Br., 10¼ Gd. Spiritus loco ohne Faß 28¼ und ½ verk., mit Faß und pr. Jan. und Jan.-Febr. 28½ verk. und Brief. 28 Gd. Febr.-März 29—28½ verk. 28¼ Br. 28¼ Gd. März-April 30 verk. u. Br. 29¼ Gd. April-Mai 31—30½ verk. u. Br. 30—30¼ Gd.

Stettin, 22. Januar. Weizen ohne Umsatz, mehr offerirt. Roggen schließt flauer. 82 Pfd. loco eine abgelaufene Anmeldung mit 61 Thlr. bez., pr. Febr.-März 62¼ Thlr. Br. 62¼ Thlr. bez., pr. Frühjahr 64, 64¼ Thlr. bez., schließt 64¼ Thlr. Brief und Gd., pr. Juni-Juli 65¼ Thlr. Br., Gerste, pommersche, große 75 Pfd. pr. Frühjahr 41¼ Thlr. bezahlt, 41¼ Gd. 75 Pfd. ohne Benennung zu 41¼ Thlr. offerirt. Rüßel matter, loco 10¼ Thlr. Br. pr. Febr.-März 10¼ Thlr. bez. Vernaer 11¼ Thlr. Brief. Spiritus behauptet, am Landmarkt ohne Faß 12¼ pSt. bez., loco ohne Faß 12¼—¼ pSt. bez. pr. Jan. 12¼ bezahlt, Februar-März 12 pSt. bezahlt und Brief, pr. Frühjahr gestern in einem Falle 12 pSt. bez., heute 11¼ pSt. bez. u. Brief.

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

Zweite Beilage zu No. 24 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 24. Januar 1852.

Uebersicht der Produktion des Bergwerks-, Hütten- und Salinen-Betriebes in Preußen für das Jahr 1850.

Es liegt uns die in der Ueberschrift näher bezeichnete amtliche Uebersicht vor. Dieselbe behandelt in genauer statistischer Darstellung die Produkte des Bergbaues, des Hütten- und Salinen-Betriebes, giebt an, in welchem Distrikte und Bezirke die Werke liegen und wie Bestände in Bezug auf selbige beschaffen, benennt die Anzahl der Werke, das Quantum der Produktion, dessen Geldwerth am Produktions-Orte, sowie die Anzahl der Arbeiter und deren Familienglieder und enthält in einer Rubrik „Anmerkungen“ detaillirte Mittheilungen über einzelne, an anderer Stelle nur summarisch

gemachte Angaben. Der Uebersicht ist ferner eine Haupt-Zusammenstellung der, auf die Gruben, Hütten und Salinen bezüglichen, Zahlenangaben und ein Promemoria beigefügt, in welchem die Lage der in Rede stehenden Industrie im Jahre 1850 mit der in den Vorjahren und namentlich mit 1849 verglichen wird. — Im Folgenden theilen wir zunächst aus jener Haupt-Zusammenstellung dasjenige mit, was auf den ganzen preussischen Staat und speziell auf Schlesien Bezug hat, und lassen dann das erwähnte sehr interessante Promemoria ungekürzt folgen.

Im ganzen preussischen Staate.						In Schlesien.				
	Anzahl der Werke.	Quantum der Produktion.	Geldwerth der Produktion am Ursprungsorte. Thaler.	Anzahl der Arbeiter.	Deren Familienglieder.	Anzahl der Werke.	Quantum der Produktion.	Geldwerth der Produktion am Ursprungsorte. Thaler.	Anzahl der Arbeiter.	Deren Familienglieder.
I. Gruben.										
1. Eisenerze	995	1,513,570 Tonn.	801,122	8,987	22,239	103	842,677 Tonn.	301,819	3,153	7,452
2. Bleierze	145	530,093 Ctr.	518,101	2,241	4,503	2	19,754 Ctr.	62,126	344	474
3. Kupfererze	71	809,044 "	325,066	3,245	5,903	1	586 "	1,188	34	50
4. Zinkerze	64	2,956,791 "	885,044	5,167	8,920	33	2,739,277 "	802,792	3,552	5,708
5. Kobalterze	4	1,376 "	10,839	53	109	—	—	—	—	—
6. Arsenikerze	4	5,516 "	3,081	41	79	4	5,416 "	3,081	41	79
7. Antimonium	2	813 "	2,975	30	45	—	—	—	—	—
8. Manganerze	3	6,096 "	6,617	48	159	—	—	—	—	—
9. Mauererze	6	161,283 Tonn.	8,003	124	447	1	47,745 Tonn.	3,650	75	285
10. Vitriolerze	8	103,592 Ctr.	13,836	45	80	7	46,754 Ctr.	5,481	34	74
11. Steinkohlen	366	20,767,246 Tonn.	7,984,385	29,907	59,850	112	7,212,516 Tonn.	1,996,841	8,269	14,715
12. Braunkohlen	391	8,839,772 "	1,052,735	6,066	11,350	17	249,513 "	35,893	163	269
13. Graphit	1	4,461 Ctr.	1,637	25	13	1	4,461 Ctr.	1,637	25	13
14. Flußpath	3	7,567 Tonn.	5,520	25	78	—	—	—	—	—
Summa I.	2063	{ 31,289,438 Tonn. 4,417,682 Ctr. }	11,618,961	56,104	113,775	281	{ 7,352,451 Tonn. 2,816,248 Ctr. }	3,214,508	15,690	29,119
II. Hütten.										
1. Eisen:										
Roh Eisen in Gängen und Massen	123	2,170,999 Ctr.	3,299,117	5,032	12,601	62	1,048,095 Ctr.	1,433,971	2,178	5,585
Rohstabeisen	9	106,872 "	221,761	97	317	—	930 "	2,635	—	—
Gußwaaren aus Erzen	15	346,012 "	1,079,433	1,997	4,888	5	67,319 "	235,727	513	1,396
Gußwaaren aus Roheisen	93	581,736 "	3,003,009	5,309	11,881	6	86,436 "	509,034	1,343	3,615
Stabeisen und gewalztes Eisen	519	2,534,018 "	10,170,230	10,910	30,865	174	798,190 "	2,946,926	2,684	7,083
Eisenblech	27	252,296 "	1,724,043	811	2,467	6	25,012 "	153,720	50	151
Eisendraht	90	192,748 "	1,365,882	1,278	3,322	1	560 "	4,480	15	24
Stahl	109	125,319 "	1,130,796	1,034	2,990	1	1,630 "	360	8	14
2. Gold und Silber { Gold	1	5 Mark 14 Loth.	1,254	3	—	1	5 Mark 14 Loth.	1,254	3	—
{ Silber	4	33,835 Mark.	462,826	16	43	—	2,137 Mark.	29,733	—	—
3. Bleiische Produkte:										
Raufblei	25	91,631 Ctr.	479,624	485	1,139	1	9,749 Ctr.	56,651	48	136
Blätte	—	13,616 "	63,940	—	—	—	2,886 "	16,111	—	—
Gewalzte Bleiplatten	—	3,196 "	22,967	—	—	—	39 "	300	—	—
4. Kupfer:										
Garkupfer	13	23,626 "	685,998	790	1,294	1	209 "	6,347	4	3
Verarbeitetes Kupfer	24	27,470 "	1,047,077	364	774	4	2,390 "	96,775	26	51
5. Messing	10	19,277 "	662,959	109	284	—	—	—	—	—
6. Zink:										
Platten- oder Barren-Zink	45	566,154 "	2,406,233	3,099	5,613	39	495,998 "	2,080,547	2,510	4,708
Zinkblech	1	23,682 "	156,166	33	102	1	22,431 "	148,156	33	102
7. Blaue Farbe (Smalte)	3	3,729 "	61,924	41	106	—	—	—	—	—
8. Nickel	2	60 "	4,600	12	27	1	40 "	3,200	4	12
9. Arsenit	3	2,299 "	12,143	5	19	3	2,299 "	12,143	5	19
10. Antimonium	2	398 "	5,145	6	14	—	—	—	—	—
11. Alaun	12	50,458 "	211,671	465	1,502	1	4,000 "	16,000	—	—
12. Vitriol:										
Kupfer-Vitriol	2	4,282 "	49,413	10	50	—	72 "	1,104	—	—
Eisen-Vitriol	5	25,396 "	30,536	49	120	3	13,784 "	19,888	41	94
Gemischter Vitriol	2	4,312 "	21,168	68	121	—	198 "	937	—	—
13. Schwefel	1	600 "	2,553	—	—	1	600 "	2,553	—	—
Summa II.	1140	{ 7,169,886 Ctr. 33,840,87 Mark. }	28,382,468	32,023	80,539	311	{ 2,582,867 Ctr. 2,142,88 Mark. }	7,778,552	9,465	22,993
III. Salinen.										
1. Kochsalz (weißes)	21	54,909 Last.	1,330,633	2,062	4,862	—	—	—	—	—
2. Schwarzes und gelbes	—	251 "	5,522	—	—	—	—	—	—	—
3. Düngergypse	—	31,204 Schfl.	7,634	—	—	—	—	—	—	—
Summa III.	21	{ 55,160 Last. 31,204 Schfl. }	1,343,789	2,062	4,862	—	—	—	—	—
Summa summarum	3224	—	41,345,218	90,189	199,176	592	—	10,993,060	25,155	52,112

Die Produktion der Berg- und Hüttenwerke hat sich seit den Ebrungen, welche durch die politischen Ereignisse des Jahres 1848 herbeigeführt wurden, in erfreulicher Weise gehoben, denn die Quantität der Produkte kam in den wichtigsten Artikeln nicht nur wieder auf diejenige des Jahres 1847, sondern sogar in mehreren Gegenständen darüber; auch hat man wieder diejenige Anzahl der bei dieser Industrie beschäftigten Arbeiter beinahe erreicht. Dagegen ist der Werth der meisten Produkte nicht wieder auf die früheren Durchschnittssätze gekommen.

Im Vergleich mit dem nächstfolgenden Jahren hatte man an Produkten-Werthen:

bei den Bergwerken in 1850 11,618,961 Rtl.
in 1849 10,087,847
also 1850 mehr . . . 1,531,114 Rtl.

bei den Hüttenwerken in 1850 28,382,468 Rtl.
in 1849 23,748,418
also 1850 mehr . . . 4,634,050
zusammen mehr . . . 6,165,164 Rtl.

Dagegen bei den Salinen in 1850 1,343,789 Rtl.
in 1849 1,453,277
mithin 1850 weniger . . . 109,488
Balancirt bleibt ein Mehr-Werth von . . . 6,055,676 Rtl.

Der Ausfall bei den Salinen beruht hauptsächlich darauf, daß die Produktion von Kochsalz in Folge einer zufälligen Betriebsstörung bei der Saline Artern, um 2896 Tassen zurückgeblieben ist.

Von den einzelnen Bergwerks- und Hütten-Erzeugnissen sind hervorzuheben:

An Steinkohlen wurden gefördert
 1850 . . . 20,767,246 Tonnen im Werthe von . . . 7,984,385 Rtl.
 1849 . . . 18,197,132 6,856,975

Also 1850 mehr . . . 2,570,114 Tonnen und im Werthe . . . 1,127,410 Rtl.

Als mittlerer Verkaufswert berechnen sich pro Tonne
 für 1850 11 Sgr. 6,4 Pf.
 für 1849 11 . 3,6

also mehr Sgr. 2,8 Pf.

theils weil sich der Verkaufspreis im Allgemeinen etwas gehoben hat, hauptsächlich aber, weil die Förderung in denjenigen Bezirken, wo die Preise höher stehen, sich mehr gesteigert hat, als in den andern. Dies beruht vorzugsweise auf dem vermehrten Absatz durch die Eisenbahnen, welche meistens nur die besseren Kohlenarten versühren.

An Braunkohlen wurden gefördert
 1850 . . . 8,839,772 Tonnen im Werthe von . . . 1,052,735 Rtl.
 1849 . . . 8,773,222 1,046,966

Also 1850 mehr . . . 66,550 Tonnen und im Werthe . . . 5,769 Rtl.

Diese Förderung hat sich weniger vermehrt, als in den vorangegangenen Jahren der Fall war. Der mittlere Verkaufswert ist in beiden Jahren derselbe gewesen, nämlich 3 Sgr. 7 Pf. pro Tonne. Im Vergleich mit dem Jahre 1847 sind 1,606,577 Tonnen mehr gefördert.

Die Förderung und der Werth der metallischen Bergwerksprodukte hängen hauptsächlich von den Verhältnissen des Metallmarktes ab. In fast allen Metallen sind seit dem Jahre 1848 wenigstens periodisch günstige Konjunktoren eingetreten, nur der Eisenhandel ist außerordentlich gedrückt geblieben, und die Preise der Eisenwaaren sind sogar gegen die Mittelföhe des Jahres 1849 noch weiter herabgegangen.

Der durchschnittliche Werth am Ursprungsorte von Roheisen in Gängen und Masseln berechnet sich für den Zentner in 1850 auf . . . 1 Rtl. 15 Sgr. 7 Pf.
 in 1849 auf . . . 1 . 19 . 2

also 1850 niedriger . . . Rtl. 3 Sgr. 7 Pf.

Erlassen wurden aber:
 in 1850 . . . 2,170,999 Ztr. im Werthe von . . . 3,299,117 Rtl.
 in 1849 . . . 1,886,695 3,093,074

also 1850 mehr . . . 284,304 Ztr. und im Werthe . . . 206,043 Rtl.

An Eisenerzen sind 396,456 Tonnen mehr gefördert.

An Stabeisen und Walzeisen einschließlich Eisenbahnschienen sind dargestellt worden:
 in 1850 . . . 2,534,018 Ztr. im Werthe von . . . 10,170,230 Rtl.
 in 1849 . . . 2,087,333 8,616,935

also 1850 mehr . . . 446,685 Ztr. und im Werthe . . . 1,553,295 Rtl.

Als mittlerer Werth für den Zentner hatte man
 in 1850 . . . 4 Rtl. — Sgr. 5 Pf.
 in 1849 . . . 4 . 3 . 10

also 1850 niedriger . . . Rtl. 3 Sgr. 5 Pf.

Gegen das Jahr 1847 ist dieser Preis um 23 Sgr. 2 Pf. niedriger gewesen, und die Produktion noch um 547,024 Ztr. zurückgeblieben, was besonders in der geringeren Lieferung von Eisenbahnschienen beruht.

An Gold hat im Jahre 1850 die erste Gewinnung stattgefunden und zwar aus den Abgängen des Arsenhüttenbetriebes zu Reichenstein in Schlesiens.

An Silber sind . . . 33,835 Mark
 also gegen 1849, wo nur . . . 22,534

mithin . . . 11,301 Mark

mehr gewonnen, hauptsächlich in Folge einer stärkeren Produktion an silberhaltigem Kupfer (Mansfeld) und Blei.

An Kupferblei waren
 in 1850 . . . 91,631 Ztr. im Werthe von . . . 479,624 Rtl.
 in 1849 . . . 68,777 316,673

also 1850 mehr . . . 22,854 Ztr. und im Werthe . . . 162,951 Rtl.

Der durchschnittliche Preis pro Zentner war
 in 1850 . . . 5 Rtl. 7 Sgr. — Pf.
 in 1849 . . . 4 . 18 . 1

also 1850 höher . . . Rtl. 18 Sgr. 11 Pf.

Gegen das Jahr 1847 war die Bleiproduktion um 67,055 Zentner höher, in Folge der Aufhebung mächtiger Bleierze zu Stolberg bei Aachen.

An Saarkupfer hatte man
 in 1850 . . . 23,326 Ztr. im Werthe von . . . 685,998 Rtl.
 in 1849 . . . 17,709 539,349

also 1850 mehr . . . 5,617 Ztr. und im Werthe . . . 146,649 Rtl.

Der durchschnittliche Preis pro Zentner war:
 in 1850 . . . 29 Rtl. 12 Sgr. 1 Pf.
 in 1849 . . . 30 . 13 . 8

also 1850 niedriger . . . 1 Rtl. 1 Sgr. 7 Pf.

Im Vergleich zum Jahre 1847 ist die Produktion um 1271 Zentner geringer und der Preis um 16 Sgr. 11 Pf. niedriger gewesen.

An Kohlen (Platten oder Barren) erzeugte man
 in 1850 . . . 566,154 Ztr. im Werthe von . . . 2,406,233 Rtl.
 in 1849 . . . 518,767 2,115,265

also mehr . . . 47,387 Ztr. im Werthe von . . . 290,968 Rtl.

Der mittlere Preis pro Zentner betrug
 in 1850 . . . 4 Rtl. 7 Sgr. 6 Pf.
 in 1849 . . . 4 . 2 . 4

also 1850 höher . . . Rtl. 5 Sgr. 2 Pf.

Gegen den Durchschnitt des Jahres 1847 ist der Preis um 28 Sgr. 4 Pf. niedriger, die Produktion aber um 123,936 Zentner stärker gewesen. Unverkennbar übersteigt dieselbe den Betrag, weßhalb auf eine Besserung der Preise keine Aussicht vorhanden ist.

An Arbeitern wurden unmittelbar beschäftigt:	1850	1849	also 1850	
			mehr	weniger
Auf den Bergwerken	56,104	52,254	3,850	
In den Hütten	32,023	29,026	2,997	
Bei den Salinen	2,062	2,126		64
Summa	90,189	83,406	6,847	64
			6,783 mehr.	

Im Vergleich mit dem Jahre 1847 sind nur noch 1684 Arbeiter weniger beschäftigt gewesen, wonach zu erwarten steht, daß im Jahre 1851 die frühere Zahl wieder erreicht werden dürfte, und zwar besonders durch die fortwährend rasche Steigerung der Steinkohlenförderung.

Mannigfaltiges.

— 1 (Eine Frage, die werth wäre, als Preisaufgabe gestellt zu werden.) Archimedes blieb, bei der Erstürmung von Syrakus in seine geometrischen Studien vertieft, bis er von einem Soldaten todtgestochen wurde. — Albrecht von Haller beschäftigte sich an seinem Hochzeitsstage mit Differentialrechnen. — Welcher dieser beiden Gelehrten sah ruhiger der Gefahr ins Auge?

— 2 (Eine tollkühne Fahrt.) Am 11. August 1558 fuhr Georg Kummelaw, Bürger von Königsberg, in einer kupfernen Braupfanne von Königsberg durch den Pregel, durch das frische Gass, das 14 Meilen lang und unruhig wie die bewegte See ist, und durch die breite gefährliche Weichsel nach Danzig, wo er und sein sonderbares Fahrzeug mit Jubel und Trommeln begrüßt wurde.

— (London.) Die königliche Kommission für die Industrie-Ausstellung hat dem französischen Kommissariat mehrere Geschenke gemacht; in Folge dessen erhielt Hr. Gallandrouze de Lamornair 1000 Pfund St., der Unter-Inspektor Frejea 500 Pfund St. Mehreren untergeordneten Beamten des französischen Kommissariats wurden Summen von 250 Pfund St. bewilligt.

— Ein Blatt erzählt folgende Anekdote von Bar. Rothschild zu London: Er mußte sich einer Operation unterwerfen, welche der ausgezeichnete Chirurg Liston mit vielem Geschick ausführte, und welche Rothschild mit vielem Muth aushielt. Als die Operation zu Ende, sagte er dem Operateur: Sie glauben vielleicht, ich würde Ihnen dafür zahlen, daß Sie mir diesen Schmerz gemacht. Sie irren sich aber sehr, ich gebe Ihnen nur dies kleine Andenken. Bei diesen Worten warf er ihm die Nachtmütze ins Gesicht. Liston lachte und steckte die Nachtmütze ein. Beim Heruntergehen meinte er aber schon, daß in der Nachtmütze was steckte, und indem er sie untersuchte, fand er ein Bankbillet von 1000 Pfund drin.

— Der engl. Marineleutnant Pim hat eine Audienz bei Kaiser Nikolaus gehabt, welcher ihm seinen Beistand zugesagt.

— Ein Journal von Huy berichtet, daß ein Jäger der Gegend an dem Ufer des kleinen Klusses Mocha in einen sehr schönen Schwan geschossen, an dessen Hals eine kleine Kette mit einem Medaillon befestigt war, worauf man trotz des Rostes die Worte las: Dumbaerth — Kosso 1809. Daß Schwäne ein hohes Alter erreichen, ist bekannt.

— Das starke Frostwetter, welches in einigen Gegenden Norwegens zu Anfang des Winters eingetreten war, ist von einem höchst milden Wetter, wie es dort zu Lande unerhört ist, abgelöst worden. Aus Drammen schreibt man, daß man daselbst noch frische Blumen im Garten hat; ein ganzes Beet in freier Luft ausgebrochener Stiefmütterchen hat man dort gefunden. Das Volk meint, daß die Sonnenfinsterniß das Land weiter nach dem Süden versetzt habe. Handel und Wandel leidet jedoch sehr darunter, weil die Wege grundlos sind, während sonst der Frost fast den ganzen Winter hindurch das Land mit den vortrefflichsten natürlichen Chausseen versah.

— (Ein Gegenstück.) Seit Menschengedenken ist in der nächsten Umgegend von Madrid nicht so viel Schnee gefallen, wie in den letzten Tagen des verfloßenen Dezember. Der Schnee lag an einzelnen Stellen mehrere Fuß hoch und ging den Maulthieren bis über den Bauch, so daß die Postwagen von Segovia, Santander, Valladolid, Salamanca, aus Asturien und Galicien auf ihrem Wege nach Madrid am 30. Dezember in Quadarama bei der kleinen Herberge Santo-Raffaello Halt machten, wo auch noch andere Fuhrwerke und Reisende Schutz gegen das Unwetter suchten, aber nur mit genauer Noth ein Unterkommen finden konnten, so daß die wenigen Häuser, welche die Herberge umgaben, alle mit Menschen überfüllt waren. Der Schneesturm währte fort: am dritten Tage war schon sämmtlicher Mundvorrath aufgezehrt. Mit Gold aufgewogen, war selbst kein Bissen Brod mehr zu haben. Am 5. Januar waren alle der Verzweiflung nahe; denn die Meisten waren vom Hunger so erschöpft, daß sie es nicht einmal mehr zu versuchen wagten, ihre Rettung durch den Schnee zu suchen. Plötzlich hörten sie Geräusch und viele Menschenstimmen; es waren Pioniere, welche dem Wagen des Königs, der auf seinem Wege zur Jagd nach dem Schlosse Rio-Frio vom Schneewetter überascht worden und auch eingeschneit war, die Straße bahnten und fahrbar machten. Die der Verzweiflung nahen Reisenden sahen sich gerettet. Am 6. Jan. trafen die Postwagen in Madrid ein. Dies berichtet das „Memorial des Pirennees“.

— Man schreibt aus Dänkirchen unterm 14. Januar: „Bei dem Sturme vom 12. auf den 13. wurde an der Küste von Laffinkoude im Bezirke von Dänkirchen ein zum Geschlecht der Wallfische gehöriges Meerungehül im todt ans Land geworfen. Dieses den Naturforschern unbekanntes Geschöpf hat die Gestalt einer riesigen Schlange, ist ohne Kopf, der 75 Centimeter Länge hat, 10 Meter 76 Centimeter, also einige 30 Fuß lang; sein Körper ist breit und platt bei 80 Centimeter, und hat 4 Meter im Umfange. Seine braunrothen Augen sind klein; der obere Theil des Körpers ist mit schwarzen Schuppen bedeckt, der untere Theil hat keine Schuppen und ist ganz weich. Es hat zwei ungeheure, 6 Meter lange Klößen, die großen Klügeln gleichen. In seinem Körper fand man eine Menge kleiner Fische.“ Das Ganze wird wohl eine in den Bereich der Seeschlange gehörende Ente sein.

— (Die Tuilerien.) Die Tuilerien sind ein geschichtliches Monument der Begebenheiten in Frankreich, sie enthalten die Warnung vor der Unbeständigkeit des Schicksals der Herrscher, und doch glaubt ihr jedesmaliger Bewohner durch ihre Bestimmung die Dauerhaftigkeit seiner Regierungsgewalt gegründet zu haben. Inbessen spricht die Geschichte diesem Wahn bitteren Hohn. Im 19ten Jahrhundert allein wechselten vielfältig die Gäste in den Tuilerien: Es wohnten da unter verschiedenen Reichthümern Napoleon, Josephine, Marie Louise, Herzog von Reichstadt; Ludwig XVIII., Graf Chambord, Karl X.; Ludwig Philipp, Marie Amelie und die königlichen Prinzen; in der Neuzeit General Changarnier; jetzt kommt die Reihe an Louis Napoleon. Soll der Zauberkreis der Aufeinanderfolge von Neuem beginnen? Es ist wirklich, als wenn ein unerbittliches Verhängniß an dieses Königsschloß geknüpft wäre. Im Jahre 1518 stand auf diesem Plage ein schlichtes Landhaus des Sieur de Billroi. König Franz I. brachte es an sich, um dem Wunsch der Königin Mutter, die hier einen Palast haben wollte, zu entsprechen. Sie verschenkte es im Jahre 1525 an seinen Hausdiener und Günstling, Karl IX. legte im Jahre 1566 den ersten Grundstein zum Palaste für seine Mutter Katharine von Medicis; unter Heinrich IV. und Ludwig XIV. wurden zwei Pavillons, Marsau und Flore, angebaut und die große Fassade erweitert; die übrigen Theile der Tuilerien wurden erst später angebaut. Die französischen Könige hielten da die offizielle Residenz bis zu Ludwig XVI. Nach der ersten Revolution hielt der National-Konvent die Sitzungen in den Tuilerien, die später von Napoleon bewohnt wurden. Nach der Februar-Revolution sollten sie in ein bürgerliches Invalidenhaus umgestaltet werden; man gab aber diese Absicht auf, und sämmtliche Gemächer blieben bis auf einen kleinen Theil der Nordseite, wo der Oberkommandant der Nationalgarde und das Bureau des Generalstabs der Nationalgarde untergebracht waren, unbewohnt. Seit dem 1. Januar ist es der offizielle Sitz L. Napoleons und wird mit dem 1. Februar der gewöhnliche Wohnsitz des Staats-Oberhauptes.

[314] Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Die Lieferung der zur Unterhaltung der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn pro 1852 erforderlichen Bahn- und Ausbülzer als:
 6000 Stück tieferne Stoßschwellen à 9' lang,
 12000 Stück tieferne Mittelschwellen à 8' lang,
 320 Stück tieferne Kreuzungsschwellen von 10—18' lang und
 diverse Bohlen und Hölzer aus Eichen, Eschen, Weißbuchen, Linden, Erlen, Kistern, sowie
 4000 Stück Hammerstiele und
 50 Stück Hebebäume
 soll im Wege der Submission ausgegeben werden. Der Termin hierzu steht auf den 20. Februar d. J. an und liegen die näheren Bedingungen in unserm Hauptbureau zu Berlin, aus welchem sie auch gegen Erstattung der Kopialien bezogen werden können, aus.
 Berlin, den 14. Januar 1852.

Königl. Verwaltung der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn.

[427] Verlobungs-Anzeige. Die heute stattgefundene Verlobungsfeier ihrer Tochter Jenny mit dem Maurermeister Herrn Ferdinand Steinmetz aus Nikolai, beehren sich Verwandten, Freunden und Bekannten statt jeder besondern Meldung ergebenst anzuzeigen: S. A. Gulbschiner und Frau. Gleiwitz, den 22. Januar 1852.

Als Verlobte empfehlen sich: Jenny Gulbschiner, Ferdinand Steinmetz.

[840] Allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten die Anzeige unserer ehelichen Verbindung. Chemnitz und Schedewitz bei Zwickau, den 12. Januar 1852. Albert Zetsch, Ottilie Zetsch, geb. Haenke.

[831] Entbindungs-Anzeige. Die heut früh glücklich erfolgte Entbindung meiner Frau von einem Mädchen zeige ich hierdurch Freunden und Bekannten ergebenst an. Breslau, den 23. Januar 1852. Dr. Krocke.

[839] Entbindungs-Anzeige. Die heut Morgen 2 Uhr glücklich erfolgte Entbindung meiner geliebten Frau Ernestine, geb. Dessauer, von einem gesunden Mädchen zeige ich Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung hiermit ergebenst an. Frankenstein, den 22. Januar 1852. Moritz Voewe.

[838] Todes-Anzeige. Das nach langem, schweren Leberleiden heut Morgen 1 Uhr sanft erfolgte Dahinscheiden ihres theuren Gatten und Vaters, des emeritirten Königl. Schauffee-Zoll-Einnehmers Joseph Strauch, in dem Alter von 69 Jahren und 3 Monaten, zeigen tiefbetrübt hiermit an: die Hinterbliebenen. Münsterberg, den 22. Januar 1852.

[426] Todes-Anzeige. Auswärtigen Verwandten und Freunden zeigen den am 18. d. M. im 83. Jahre erfolgten Tod ihrer geliebten Mutter, Großmutter und Schwiegermutter Henriette verw. Drogand, geb. Hurmann, in tiefster Betrübnis an: Die Hinterbliebenen. Neumarkt, den 21. Januar 1852.

[860] Todes-Anzeige. Heute früh starb am Schläge mein einziger Bruder, der hiesige Bürger, Seifenfedermacher und Rathmann Ernst Klapper, im 53sten Lebensjahre, dessen Beerdigung den 26. d. M. früh um 9 Uhr, stattfinden wird. Diese traurige Nachricht allen Verwandten und Freunden. Rant, den 22. Januar 1852. Ernestine Krause, geb. Klapper.

Theater-Repertoire. Sonnabend, den 24. Jan. 19te Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum 5ten Male: „Leichtsin und Hebele.“ Lustspiel in drei Aufzügen, frei bearb. von E. Meyer. Hieraus: Tanz-Divertissement. 1) Cracoviennes, getanz v. Fel. Sachs. 2) Grottesque Pas de deux, getanz von den Herren Knoll und Vogel. 3) Steierisches Pas de deux, getanz von F. Stande und P. G. 4) Cachucha, getanz von Fel. Sachs. Zum Schluss, zum 4ten Male: „Fris, Biechen und Schwerin.“ Historisch-dramatische Scene in einem Aufzuge von G. Meyerhöfer. Sonntag, den 25. Januar. 20te Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum 15ten Male: „Ardine.“ Romantische Zaubersoper in 4 Aufzügen. Musik von A. Vorhng.

[367] Nur noch kurze Zeit! Im alten Theater Dr. John William Robson's Niesen-Bild, über 1000 Fuß lang, darstellend: Die Reise nach London zur Industrie-Ausstellung. Vorstellung täglich Abends 7 Uhr. Eröffnung der Kasse 6 Uhr. Preise der Plätze: Erste Rangloge 10 Sgr. Parquet 2 1/2 Sgr. Parterre 5 Sgr. Gallerie-Loge und Gallerie 2 1/2 Sgr. Billets sind in der Königl. Hof-Musikalienhandlung der Herren Bote und Voel, Schweidnitzerstraße Nr. 8, bis Abends 6 Uhr zu haben.

[845] Am 22. Abends ist an der Rasmarktseite des Ringes eine kleine Arbeitstasche von braunem Sammet verloren, in welcher sich ein goldener Fingerhut, eine Schere und eine Arbeit befinden. Wer solche Schloßstraße Nr. 2 im Kemptoir abgibt, erhält eine angemessene Belohnung.

Sonnabend den 24. Januar grosses Concert des academ. Musik-Vereins im Musik-Saale der Universität.

- Programm. Erster Theil. 1) Ouverture zu „Figaro's Hochzeit“ von W. Mozart. 2) Vierstimmige Männergesänge. 3) Erster Satz aus dem fünften Klavier-Concert von Louis van Beethoven, vortragen von Herrn Jadassohn, Schüler von Franz Liszt. 4) Grosse Scene und Dem-Chor aus „Adolph von Nassau“ von H. Marschner. Zweiter Theil. 5) Ouverture in C-moll v. Louis Friedenthal. 6) Vierstimmige Männergesänge. 7) „Erinnerung an die Schweiz“, Solo für die Klarinette von Otto Gerke, vortragen von Herrn Wolf. 8) Klavierpièces: a) Lied ohne Worte von Felix Mendelssohn-Bartholdy. b) Toccata von Charles Meyer, vortragen von Herrn Jadassohn. 9) Bachus-Chor aus Antigone von Felix Mendelssohn-Bartholdy. Billets à 15 und 10 Sgr. sind in den Musikalien-Handlungen der Herren Leuckart, Scheffler, Hainauer, und à 20 und 15 Sgr. Abends an der Kasse zu haben. Einlass 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. C. Hoffmann. R. Tenschert. Th. Postler. [432]

[396] Aufforderung. Am 22. August v. J. starb zu Schönthal, Kreis Sagan, der Papiermachergeselle Carl Friedrich Förster. Die Erben desselben fordern daher alle seine etwaigen Gläubiger auf, sich bis zum 8. März d. J. bei dem Unterzeichneten zu melden. Neu-Gabel, Kr. Sprottau, 20. Jan. 1852. Springer, Lehrer.

[859] Ein mit ökonomischen Kenntnissen versehen, und im Rechnungswesen erfahrener, unverheiratheter Mann, kann als Rechnungsführer und Privat-Sekretär, ein gutes Unterkommen finden, wozu sich mit abdriftlichen guten Attesten, in frankirten Briefen, unter der Adresse: H. O. poste restante Breslau zu melden. Offerten, welche nicht berücksichtigt werden sollten, werden nicht beantwortet.

[858] Offener Dienst. Für ein nicht unbedeutendes Wald-, Wiesen- und Jagd-Revier wird ein Förster, welcher Holz- und Boden-Abzählung versteht, nächstkommende Ostern, zwar verheirathet, jedoch ohne zahlreiche Familie, gebraucht, wozu sich mit guten, jedoch abdriftlichen Attesten in frankirten Briefen unter Adresse H. O. in Breslau poste restante zu melden. Dienst-Offerten, auf welche nicht rekrutirt werden sollte, werden nicht beantwortet. Auch kann ein Waldbelauer ein gutes Unterkommen finden, wozu sich unter nämlicher Adresse zu melden.

[842] Heiraths-Gesuch. Ein junger Mann von 26 Jahren, Besitzer eines rentablen Geschäfts in einer der reizendsten Gegenden des schlesischen Gebirges, sucht wegen Mangel an Damenbekanntschaften auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege eine seinen Jahren angemessene Lebensgefährtin mit einem disponiblen Vermögen von 4 bis 5000 Rthl., welches sicher gestellt werden kann. Hierauf rekrutirende Damen werden ersucht, ihre Adressen wohl verpackt, unter der Chiffre E. M. H., an Herrn Liebecke in Breslau, Stockgasse Nr. 28, zur Weiterbeförderung franco zu überenden. Gewissenhafteste Discretion wird versichert.

[855] Ein junger Kaufmann, welcher seit zwei Jahren als Reisender für ein sächsisches Cigarren- und Tabakfabrikgeschäft mit gutem Erfolg fungirt, befindet sich gegenwärtig bis Montag hier, wünscht seine Stellung zu Ostern d. J. zu verändern, sei es in ähnlicher Branche, oder als Lagerdiener, als auch Comtoirist. Rekrutirende Herren Prinzipale wollen Briefe unter Chiffre E. E. im Gasthause zum weißen Ross, oder in Dresden Amalienstr. Nr. 4, 3 Etage, per Adr. Adolf Weisser niederlegen.

[834] Ein Zwirnwickel. Mir wird die Zeit so lang; Im Kopfe, o! so wüßte; Mein Herz so traurig bang, Als wenn ich sterben müßte!

[836] Trompeten-Gänse und weiße Perlhühner sind zu verkaufen Rasmarktstr. Nr. 1, im Hofe I Etage.

[110] Bekanntmachung. Die nach den Bestimmungen § 53 zu 10 der Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850 für das Jahr 1852 umgefertigten Kommunal-Steuer-Rollen werden in den Tagen vom 24. Januar bis 6. Februar d. J. während der Amtsstunden im Fürstensaale des Rathhauses offen gelegt sein. Breslau, den 21. Januar 1852. Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

[434] Im Kommissions-Verlage der Sort.-Buchh. Graf, Barth u. Comp. (J. F. Biegler) in Breslau, Herrenstr. 20, so wie in allen andern Buchhandlungen ist zu haben: Eine landwirthschaftliche Reise durch England. Parallele zwischen der englischen Landwirthschaft und der Deutschlands von S. Settegast. Administ. der k. Domaine Proskau und Lehrer der Landwirthschaft das. gr. 8. broch. Preis 20 Sgr.

[851] Der heutige Fest-Ball im Wintergarten beginnt um 8 Uhr. Eröffnung des Saales 7 Uhr. M. Wiedermann.

[811] Winter-Garten. Sonntag, den 25. Januar. Benefiz-Konzert des Herrn Johann Göbel, Dirigent der Philharmonie. Entree: für Herren 5 Sgr., für Damen 2 1/2 Sgr. Anfang 3 1/2 Uhr, Ende nach 8 Uhr.

Auktion. [385] Mittwoch den 28. und Donnerstag den 29. Januar d. J., von Vormittag 9 Uhr und Nachmittag 2 Uhr an, soll Renschestraße Nr. 46 ein bedeutendes Lager von Kurzwaaren, bestehend in Feilen, Schraubstöcken, Drehthüren, Schlittschuh, mess. Instrumenten, Saiten, sowie viele andere Artikel gegen sofort baare Bezahlung öffentlich versteigert werden. Der Vorstand der Königl. Darlehns-Kasse.

[305] Theater-Magazin in Hamburg große Theaterstraße Nr. 7. Nachdem es mir nach vielen Schwierigkeiten und durch direkte Verbindungen mit den bedeutendsten Handlungshäusern in Paris, London, Leipzig, Eyon, Berlin u. s. w. gelungen ist, mein En gros und en détail Lager von Theater-Utensilien zu komplettiren, und somit ein Etablissement herzustellen, wie kein zweites in ganz Deutschland existirt, empfehle ich den Bühnen-Vorständen, Bühnen-Mitgliedern, Privat-Mascheraden-Unternehmern u. s. w. mein Magazin. Als besonders hervorhebend werth aber: Waffen (pariser Modelle), Operngläser, Fächer, Brillantine-Schmuck (Kronen, Diademe, Broches, Armbänder u. s. w.), Pariser Schmuck (aller Art), Ordensdekorationen, Silber- und Goldplittern, Stickereien, als: Bordüren (in Silber und Gold), desgl. Blumen, Herren-Mäntel-Seitenheile, desgl. Lage (in Silber und Gold, letztere nur für Damen), Damen-Mästen, Roccoo-Vermel-Ausschläge, desgl. Taschen, Silber-Bordüren (sehr breit, mit schwarzem Sammt aufgelegt), doppelte Plitterbänder (in Gold und Silber), Palmblätter, Blumen und S. (in Silber). Rüstungen (komplett in einzelnen Theilen), Schminke (in ca. 20 Sorten), Pariser Handschuhe, Federn (in 15 verschiedenen Genres), Gesichtsmasken, Gold- und Silber-Spizen, Flach- und Hohlplittern (jeder Größe), Brocate u. s. w., u. s. w. Hamburg, Januar 1852. C. A. Sachs. Bestellungen von Auswärts werden prompt effektuirt.

Gesucht werden Agenten für ein Auswanderungs-Geschäft. Ein hamburger Haus, welches mit nächstem Frühjahr eine monatliche Packetfahrt mit eigenen Schiffen zwischen Hamburg und New-York eröffnet und zugleich einmal wöchentlich über England nach New-Orleans und New-York Auswanderer befördert, sucht achtungswerthe und zugleich sähige Agenten. Rekrutirende werden ersucht, sich mit der Bemerkung, ob sie bereits mit Auswanderungsgeschäften beschäftigt sind, an die Hamburg-New-York-Packetfahrt in Hamburg zu wenden. Hamburg, Januar 1852. [746]

Dr. Graefe's nervenstärkende Saar-Pomade. Pomade glaciale, vorzügliches Mittel zur Erhaltung, Beförderung und Verschönerung des Haarwuchses, in gläsernen Pöts à 7 1/2, 10 und 12 1/2 Sgr., sowie alle irgend anderswo angekündigten Parfümerien, stets in bester Qualität aus den renommitesten Fabriken aufs Reichhaltigste assortirt, empfiehlt: Eduard Nickel, Albrechtsstr. Nr. 7.

[425] Wir empfangen gestern wieder einen neuen Transport frischen fließenden astrach. Kaviar, welcher äußerst wenig gesalzen ist, und empfehlen davon zum Wiederverkauf wie auch einzeln möglichst billig. Lehmann u. Lange, Ohlaustraße Nr. 4, im goldnen Löwen.

[303] Der Posten eines Bürgermeisters, mit welchem ein jährliches Einkommen von 500 Thlr. verbunden, ist hierorts vakant. Qualifizierte Bewerber werden ersucht, ihre Anmeldungen bis zum 12. Februar d. J. an unsern Vorstehenden, Kaufmann A. Kaufmann, portofrei gelangen zu lassen. Rosel, den 15. Januar 1852. Der Gemeinde-Rath.

[843] Für ein lucratives, alt renommirtes, der Mode nicht unterworfenenes Engros- und Detail-Geschäft, wird ein Abnehmer gesucht, wozu ein Kapital von 6 bis 8000 Rthl. erforderlich sein würde. Adressen werden unter Bezeichnung A. S. franco poste restante Breslau erbeten. [736] [852] Ein Theilnehmer zu einem rentablen Geschäft wird mit einer Anzahlung von circa 1500 Rthl. gesucht. Näheres wird Herr Kaufmann Robert Hausfelder, Albrechtsstraße Nr. 17, ertheilen.

Substitutions-Bekanntmachung.
Zum notwendigen Verkaufe des hier Kirchhofgasse Nr. 2 belegenen, auf 1780 Rthlr. 26 Sgr. 3 Pf. geschätzten Grundstückes, haben wir einen Termin
auf den 26. Februar 1852,
Vormittags 11 Uhr,
in unserem Parteien-Zimmer — Junkernstraße Nr. 10 — anberaumt.
Tare und Hypotheken-Schein können in der Substitutions-Registratur eingesehen werden.
Breslau, den 31. Oktober 1851.
[113] Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Substitutions-Bekanntmachung.
Zum notwendigen Wiederverkaufe des hier Nr. 15 Bischofsstraße und Nr. 2 Predigergäßchen belegenen, auf 10,509 Rthlr. 27 Sgr. 3 Pf. geschätzten Grundstückes, haben wir einen Termin
auf den 25. März 1852,
Vormittags 11 Uhr,
in unserem Parteien-Zimmer — Junkern-Strasse Nr. 10 — anberaumt.
Tare und Hypotheken-Schein können in der Substitutions-Registratur eingesehen werden.
Breslau, den 29. August 1851.
[111] Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Substitutions-Bekanntmachung.
Zum notwendigen Verkaufe des hier am Mauritiusplatz Nr. 10 belegenen, auf 9850 Rthlr. 6 Sgr. 8 Pf. geschätzten Grundstückes, haben wir einen Termin
auf den 21. Juni 1852,
Vormittags 11 Uhr,
in unserem Parteien-Zimmer — Junkernstraße Nr. 10 — anberaumt.
Tare und Hypotheken-Schein können in der Substitutions-Registratur eingesehen werden.
Zu diesem Termine werden der Gastwirth Peter Menzel, beziehungsweise dessen Erben, und der Kommerzienrath Karl Anton Gotthard v. Wallenberg, beziehungsweise die Erben desselben vorgeladen. Bemerkte wird, daß von dem Verkaufe desselben ausgeschlossen bleibt das von diesem Grundstücke bereits abgezwigte, im Hypothekensuche aber noch nicht abgeschriebene Grundstück Mauritiusplatz Nr. 11.
Breslau, den 12. Nov. 1851.
[107] Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Eichen-Verkauf.
Am 27. Januar 1852 sollen aus dem eine Meile unterhalb Breslau gelegenen Oberwalde des Dominiums Pilsniz circa 140 Stück zu Schiffszögeln geeignete Eichen an den Meistbietenden verkauft werden. Die Eichen sind gezeichnet und können zu jeder Zeit vom Förster, bei dem auch die Bedingungen ausliegen, angewiesen werden. Der Termin wird Nachmittag 3 Uhr im herrschaftlichen Wohnhause zu Pilsniz abgehalten.
[847]

Heilmittel.
Ein sicher und bald heilendes Mittel (in allen Apotheken zu habendes inländisches Theekraut) gegen Verschleimungen der Verdauungswege, Störungen der Säfte etc. wird unter Angabe des zweckmäßigen Gebrauchs, gegen bloße Vergütung der Inscriptions- und Porto-Auslagen, mitgetheilt auf frankirte Anfragen unter Lit. M. P. poste restante Stettin.
[387]

Anzeige.
Ein neu und gut eingerichtetes Spezerei-Geschäft ist unter sehr annehmbaren Bedingungen zu kaufen! — Näheres auf portofreie Anfragen unter der Adr.: J. K. poste restante. Breslau.
[395]

Ein Gut von 300-1000 Morgen wird zu Johannis d. J. zu pachten gesucht. Offerten bittet man, unter genauer Angabe der Gutsoverhältnisse, so wie der Pachtbedingungen, sub Chiffre L. M. Neusalz a/O. portofrei einzusenden.
Ritterguts-Ankauf.
Der Besitzer eines schönen großen Hauses in Breslau und eines dergleichen in Dresden, wünscht ein großes Rittergut, im Preise von 160 bis 240,000 Rthl. zu erkaufen, und obige beiden Häuser an Zahlungsstatt mit anzugeben, baar Geld kann dabei bis 100,000 Rthl. noch zugezahlt werden. Anschläge nebst Kaufbedingungen werden von dem Herrn Leopold Schlegelinger, in Breslau, Roshmarkt Nr. 14, entgegengenommen.
[827]

Bei dem Wirtschaftsamte Siemianowitz, Kr. Beuthen D/S., stehen 200 Stück 2- und 3-jährige, durch besonders großen Körperbau und Vollreichtums als vorzüglich gute Wollträger anzuzuschulende Schöpfe zum Verkauf. Die Abnahme geschieht nach der Schur.
[424]

Mein Preis-Verzeichniß für 1852,

über Oekonomie-, Futtergräser-, Forst- und Garten-Sämereien etc. wird Sonntag den 25. d. in dieser Zeitung inserirt sein, worauf ich meine Geschäftsfreunde aufmerksam zu machen mir erlaube.

Julius Monhaupt,
Breslau, Albrechtsstrasse Nr. 8.

Augenranke

[413] Die General-Versammlung der Gesellschaft der Brüder findet am 8. Februar, Nachmittags 3 Uhr, im Saale des Café restaurant statt.
Abendbrot und Tanz,
heute den 24. Januar, im Saale zum goldenen Kreuz, Fischergasse Nr. 11.
[857]

[849] **Harfen-Konzert**
der Geschwister Loy nebst Wurst-Abendbrot, heute Abend, Ritterplatz Nr. 9.
[841] **Zur Tanzmusik,**
Sonntag den 25. Januar, ladet ergebenst ein: Seiffert, in Rosenthal.

[438] Eine Hochdruckdampfmaschine von circa 10 bis 12 Pferdekraften, welche sich noch im ziemlichem Zustande befindet, wird zu kaufen gesucht. Adressen hierüber erbittet man sich unter der Chiffre F. S. Ohlau poste restante einzusenden.

Handlungsgelegenheit.
[388] Das Haus Nr. 203 hier selbst, in welchem, dazu vortheilhaft gelegen, noch jetzt und seit länger als 30 Jahren, der Schnittwaaren-Handel mit Vortheil betrieben wird, ist mit dem 1. April d. J. veränderungshalber unter soliden Bedingungen zu verkaufen. Näheres beim Eigenthümer. Glaz, den 19. Januar 1852.
[428] **Gesuch.**
Ein Bergwerksbeamter, der über selbstständige Leitung von Gruben sehr gute Zeugnisse aufweisen kann, sucht eine anderweitige ähnliche Stellung.
Gefällige Offerten unter Chiffre J. O. M. poste restante Breslau.

Cigarren-Anzeige.
Wir empfehlen einem geehrten Publikum unser sortirtes Cigarren-Lager und stellen Wiederverkäufern die ansehnlichsten Preise bei trockener Waare. Die Cigarren- und Tabak-Handlung von F. Gfner u. Co.,
Dhlauerstr. Nr. 22.
[856]

[429] Zwei Häuser nebst Gärten sind in der Dhlauer Vorstadt zu verkaufen. Nähere Auskunft hierüber ertheilt:
J. Klaus, Niemerzeile Nr. 10.
[437] **Frischen astrachaner Kaviar**
empfehlen von gestern eingetroffenem neuen Transport, zum Wiederverkauf als auch in kleinen Quantitäten, möglichst billig:
C. J. Bourgarde,
Schuhbrücke Nr. 8, goldene Waage.

[846] Wer wöchentlich 4 bis 7 Quart ganz frische gute **Wischbutter** abzulassen hat, findet für das ganze Jahr einen Abnehmer.
Das Nähere beim Haushälter Weidenstraße Nr. 25.
[830] Auf dem Dom. Gräbchen bei Breslau steht ein 14-jähriger, jugendlicher, starker **Bulle** zum Verkauf.
[259] Das Dominium **Nickelsdorf** bei Strehlen offerirt **150 Stück Mutterschafe**, gesund und fein zur Zucht, nach der Schur abzunchmen.
Der Verkauf ist Mittwoch u. Sonnabend

[260] Das Dom. **Grosz-Tinz** bei Jordansmühl offerirt **200 Stück Mutterschafe** gesund und gut, nach der Schur abzunchmen, zum Verkauf, so wie eine Anzahl Sprungböcke.
[854] Ein **Wachtelhund** hat sich am 15. Jan. eingefunden; der Eigenthümer kann ihn gegen Erstattung der Kosten abholen: Breitestraße Nr. 49, eine Stiege hoch.

machen wir aufmerksam auf das folgende soeben erschienene, höchst wichtige Schriftchen:
Dr. F. Händel, prakt. Arzt, **Hülfe für Augenranke**, namentlich für Solche, welche an Augenschwäche, Trockenheit der Augen, beginnende Lähmung einiger Augenmuskeln, an hartnäckigen chronischen Entzündungen und deren Folgen, sowie an beginnendem grauen Staare leiden. 16. broch. Preis 5 Sgr.
Vorrath von dieser wahrhaften „Hülfe für Augenranke“ hält stets: **Graf, Barth u. Comp., Sort.**, in Breslau, Herrenstraße Nr. 20.

[844] Ein Bulldogg hat sich eingefunden und kann abgeholt werden Hummerstr. Nr. 1.
[436] **Zu vermieten:** Altberstr. Nr. 42 der 1. Stock, 7 Vorderzimmer, neu gemalt, mit Zubehör, mit und ohne Stallung und Wagenplatz, Sonnenseite.
Desgl. 2 Stuben, vorn heraus, mit Kammer, Küche und Keller, still und abgefordert.
Desgl. ein offener Keller.

[431] Eine elegante Wohnung von 4 Piecen, nebst Küche und Zubehör, in der 3ten Etage, so wie ein Hausladen, sind von Ostern ab zu vermieten: Reuschstr. Nr. 58/59.
[848] Dhlauer Vorstadt, Paradiesgasse Nr. 2, ist ein Quartier von 4 Stuben, Entree, Küche nebst Boden und Keller, so wie der Besuch des anstoßenden Gartens für einen ruhigen Miether Termin Ostern für 80 Rthl. zu vermieten. Näheres Dhlauerstr. Nr. 55 im Gewölbe.
[832] Am Rathhaus Nr. 6 ist ein Gewölbe zu vermieten und Ostern zu beziehen.
[835] Keizerberg Nr. 28, 1 Stiege, werden alte und neue Rohrstäbe gut und billig geflochten.

[850] Eine Wohnung von 6-8 Piecen wird von Ostern zu miethen gesucht: Bahnhofsstraße Nr. 4, 2 Treppen hoch links.
[183] **! Immer Vergnügt!**
Bischoff's Hamburger Keller,
Ring 10 und 11, Blücherplage,
empfehlen sein Lager seiner **Weine, Cognac und Arak**, sowie **acht englisch Porter, Kremfier-Weißbier und Erlanger Lagerbier.**

[853] Billig zu vermieten: eine Wohnung Rosenthalerstr. Nr. 10 im 1. Stock und Ostern 1852 zu beziehen.
[837] **Zu vermieten**
und zu Johannis zu beziehen, der erste Stock, Kupferschmiede Nr. 15.
[43] **Fremdenliste von Zettlitz Hôtel.**
Oberamtm. Braun aus Grögersdorf. Offizier v. Radde aus Dresden. Graf v. Schulenburg aus Magdeburg. Kaufm. Jackson aus Galaz. Schiffskapitän Ring aus London. Kaufmann Werchner aus Berlin. Partik. v. Niedenburg aus Mecklenburg. Kaufm. Lebert aus Brüssel.

Preise der Cerealien und des Spiritus.
Breslau am 23. Januar.
feinste, feine, mit, ordin. Waare.
Weißer Weizen 75 72 64 59 Sgr.
Gelber dito 73 72 68 62
Roggen 69½ 67½ 64 58
Gerste 47½ 46 43 41
Hafer 32 31 29 28
Erbsen 64 61 59 55
Rothweizen 15½ 13 11
Weißweizen 12½ 11 8-9 Rthl.
Spiritus 13¼ Rthl. bez. u. Br. Ende 13½ Gl.
Die von der Handelskammer eingesezte Marktcommission.

22. u. 23. Jan. Abd. 10 U. Vrg. 6 U. Nhm. 2 U.
Luftdruck bei 0° 27' 4" 51 27' 4" 92 27' 5" 77
Luftwärme + 2,8 + 3,1 + 4,1
Thaupunkt + 1,8 + 1,9 + 2,5
Dunstfättigung 91pCt. 90pCt. 87pCt.
Wind $\begin{matrix} \text{E} & \text{W} \\ \text{B} & \text{B} \end{matrix}$
Wetter bedeckt bedeckt trübe

Börsenberichte.

Breslau, 23. Jan. Geld- u. Fonds-Course. Holl. R. Dut. 96 Br., Kais. Dut. 96 Br. Frdr or 113½ Br. Vdor 109¼ Gl. Poln. Bank-Billets 95¼ Gl. Oester. Bankn. 82½ Br. Freiw. St. Anleihe 5¼ 103¼ Br. N. Preuß. Anleihe 4¼ 102¼ Br. St.-Schuld.-Sch. 3¼ 90 Br. Seehandl.-Präm.-Sch. 121¼ Gl. Preuß. Bank. Anttheile — — — — —
— Bresl. Stadt-Obligat. 4¼ 100¼ Br. Bresl. Kamm.-Obligat. 4¼ 102¼ Gl. dt. 4¼ 100¼ Br. Bresl. Gerechtigkeits-Oblig. 4¼ — — — — —
104¼ Br., neue 3¼ 95¼ Br. Schel. Pfdb. à 1000 Rthl. 3½ 97½ Br., neue schel. Pfdb. 4¼ 103¼ Br., Litt. B. 4¼ 103¼ Br., 3½ 96¼ Br. Rentener. 99¼ Gl. Alte poln. Pfdb. 4¼ 95¼ Br., neue 95¼ Br. Poln. Part.-Oblig. à 300 Rl. 4¼ — — — — —
Schah-Oblig. 4¼ — — — — — Poln. Anleihe 1835 à 500 Rl. — — — — — Poln. Anleihe dito à 200 Rl. — — — — —
— Kurhel. Präm.-Sch. à 40 Rthl. — — — — — Bad. Loose à 35 Rl. — — — — — Eisenbahn-Aktien. — — — — —
Bresl. Schweb. Freib. 73¼ Gl., Prior. 4¼ — — — — — dt. Prior.-Obligat. von 1851 4¼ 96¼ Br. Oberschl. Litt. A. 3¼ 133¼ Gl., Litt. B. 3¼ 121¼ Br., dt. Prior.-Obligat. Litt. C. 4¼ 99¼ Br., Prior. 4¼ — — — — — Krat. Oberschl. 4¼ 83 Br., Prior. 4¼ — — — — — Niederschl.-Märk. 3¼ 93¼ Gl., Prior. 4¼ 98¼ Gl., Prior. Ser. 4¼ 102¼ Br., Prior. 5¼ Ser. III. 101¼ Br., Prior. Ser. IV. 5¼ 103¼ Gl. Wilhelmsbahn (Kof.) Oberb. 4¼ — — — — — Meißn.-Brieger 4¼ 57¼ Br. Köln-Mindener 3¼ — — — — — Prior. 5¼ II. Emiss. — — — — — Säch.-Schles. 4¼ — — — — — Fr.-Wilh.-Nordb. 4¼ 39¼ Br. Pos.-Stargard 3¼ — — — — —

Berlin, 22. Jan. Die Börse war wieder sehr geschäftlos und die Course erfuhren auch heute keine Verbesserung.
Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3¼ 108 Gl., Prior. 4¼ 103¼ Gl., 5¼ 104 bez. Krat.-Oberschl. 82¼ bez. u. Gl., 4¼ — — — — — Fr.-Wilh.-Nordb. 4¼ 39¼ a ¼ bez. u. Prior. 5¼ 100¼ Br. Niederschl.-Märk. 3¼ 93¼ a ¼ bez. u. Br., Prior. 4¼ 99 bez. u. Br., Prior. 4¼ 102 Br., 5¼ Serie III. Prior. 101¼ bez. u. Br., Prior. Serie IV. 5¼ 103¼ bez. u. Gl. Niederschl.-Märk. Zweigb. 4¼ 31¼ Br. Oberschl. Litt. A. 3¼ 134 bez., Litt. B. 3¼ 121¼ Br. Rheinische 67¼ Br. Stargard-Pol. 87¼ bez. Geld- u. Fonds-Course. Freiw. St.-Anleihe 5¼ 102¼ bez. St.-Anleihe 1850 4¼ 102¼ bez., dt. von 1852 101¼ Gl. St.-Schuld.-Sch. 3¼ 89¼ bez. Seehandl.-Präm.-Sch. 122 bez. Pol. Pfdb. 4¼ 103¼ Br., 3¼ 94¼ Br. Preuß. Bank-Anttheile-Sch. 99¼ bez. Poln. Pfdb. 4¼ 95¼ Br. Poln. Part.-Obligat. à 500 Rl. 4¼ 85¼ Br., à 300 Rl. 149 Br.

Wien, 22. Dez. Bei stillen Geschäften waren Fonds und Aktien etwas niedriger, nur neues Anlehen in B. und Dampfschiffaktien und Lloydaktien besser gefragt. Nordbahnaktien von 156½ bis 155¼ gedrückt, schließen gleich wie die übrigen Papiere wieder fester. Komptanten und Wechsel, anfangs bis ½ über Notiz, bleiben zur selben angetragen.
5¼ Metall. 95¼, 4¼ 84¼; Nordb. 156¼; Hamburg 2 Monat 180¼; London 3 Monat 12. 9; Silber 22.

Frankfurt a. M., 22. Jan. Nachmittags 2 Uhr. Nordbahn 39¼.
Hamburg, 22. Jan. Nachm. 2 Uhr 30 Min. Weizen, fest, stille. Roggen, Königsberger 100 bezahl, sonst 102 gehalten. Del, lebhaft Frage, pro Januar 19¼, pro Mai 19¼, pro Oktober 20¼ bis ½.
[Telegraphische Course.] **Berlin, 23. Jan.** St.-Schuld.-Sch. 89¼. 5¼ Anleihe 102¼, 4¼ 101¼. Rentener. 99¼. Pol. Pfdb. 94¼. Oberschl. 133¼. Krat. 82¼. Märk. 93¼. Nordbahn 39¼.
Paris, 22. Jan. Gerüchte von Ministerwechsel drückten die Course. 5¼ Rente 102. 50.